

# Volksrecht

für Schlesien

mit den wöchentlichen Beilagen: „Unterhaltung“, „Rundfunk“, „Sozialistische Literatur-Rundschau“, „Für die Frauen“, „Arbeiter-Sportbewegung“ u. der monatlichen Beilage „Für die Arbeiter-Jugend“

**Bezugspreis:** Die „Volksrecht“ erscheint wöchentlich 6 mal und ist durch die Haupt-Expedition Blücherstraße 4/6, durch die Buchhandlungen der „Volksrecht“, Neue Graupenstraße Nr. 5 und Neue Poststraße 11, sowie durch alle Auszubereiter zu beziehen. — Bezugspreis im Voraus zu entrichten wöchentlich 0.42 Rmt. + 3 Pf. Trägerlohn + 0.50 Rmt. monatlich 1.75 Rmt. + 85 Pf. Trägerlohn + 2.10 Rmt. Lärm die Post einlegt. Zustellungsgebühren 2.40 Rmt.

**Organ für die wertfähige Bevölkerung**  
Verlagsort und Hauptgeschäftsstelle: Breslau 2.  
Fernsprech-Anschlüsse: Geschäftsstelle Ring 1206, Redaktion Ring 3144  
Postfach-Konto: Postfach-Amt Breslau Nr. 5852.  
Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten, Fil. Breslau

**Anzeigenpreis:** Je Millimeter (für geschäftliche Anzeigen aus Schlesien) 14 Pf. auswärts 17 Pf. Anzeigen unter 10 Pf. Stellenangebote 10 Pf. Familienanzeigen, Stellenangebote, Vereins-, Besammlungs- und Wohnungs-Anzeigen 7 Pf. Kleine Anzeigen pro Wort 3 Pf., das letzte Wort 4 Pf. Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis vormittags 11 Uhr, (1 Tag vorher) in der Haupt-Expedition Blücherstraße 4/6 oder in den Zweigstellen abgegeben werden.

Unverlangt eingelangte Manuskripte werden nur zurückgeschickt, wenn Rückporto beiliegt

## Eine Provokation der Metallindustriellen

### Sie wollen „nach Möglichkeit“ keine Maßregelungen vornehmen.

Der Schiedsspruch für die mitteldeutsche Metallindustrie, der am Dienstag vom Reichsarbeitsminister für verbindlich erklärt wurde, lautet wie folgt:

„Der Spitzenlohn beträgt für Facharbeiter 80 Pf., für angelernte Arbeiter 74 Pf. und für ungelernete Arbeiter 67 Pf. Die übrigen Lohnsätze erhöhen sich im gleichen Verhältnis, mit der Maßgabe, daß Beträge bis zu 5 Pf. nach unten, Beträge von mehr als 5 Pf. nach oben abgerundet werden. Die Ausführlingslöhne für Monteur erhöhen sich um 5 Prozent. Die Sichererzulage erhöht sich um 10 Prozent, die übrigen Zulagen erhöhen sich in demselben prozentualen Verhältnis wie der Stundenlohn. Die am 14. Januar 1928 abgelaufene Lohnskala wird wieder in Kraft gesetzt, mit der Maßgabe, daß vom Tage der Wiederaufnahme der Arbeit ab die vorkommend vorgeschlagene Regelung in Kraft tritt. Diese Regelung läuft bis auf weiteres; sie ist erstmalig mit 14-tägiger Frist zum 31. Dezember 1928 kündbar. Die Arbeit ist baldmöglichst wieder aufzunehmen. Bei der Wiederaufnahme der Arbeit sind die Arbeitnehmer, sobald und soweit die Betriebsverhältnisse es gestatten, wieder einzustellen. Maßregelungen aus Anlaß des Streiks oder der Aussperrung sind den Arbeitnehmern im Sinne des Tarifvertrages gilt.“

Für Arbeit ist ergänzend noch folgende Sonderbestimmungen hinzugefügt: Die Lohnsätze für jugendliche Arbeiter betragen bis zum 16. Lebensjahr 22 Pf., bis zum 17. Lebensjahr 23 Pf., bis zum 18. Lebensjahr 24 Pf. Die Wertigkeitszulage beträgt: für Facharbeiter über 23 Jahre 10 Pf., für Angelernte über 23 Jahre 7 Pf. und für Ungelernte über 23 Jahre 5 Pf. Die Parteien haben über eine tarifliche Regelung der Durchschmitts-Abforderdienste in Anlaß binnen 4 Wochen eine Vereinbarung zu treffen. Kommt eine solche nicht zustande, so ist unverzüglich der Schlichtungsausschuss Halle a. S. anzurufen. Der Gesamtverband deutscher Metallindustrieller erklärt dazu folgende provozierende Erklärung:

„Die Schiedssprüche in Arbeitsstreit der mitteldeutschen Metallindustrie sind gegen den Willen beider Parteien vom Reichsarbeitsminister im öffentlichen Interesse von Amts wegen verbindlich erklärt worden. Die Arbeitgeberschaft wird selbstverständlich alle sich nur ergebenden Konsequenzen aus der Verbindlichkeitsklärung ziehen und, soweit das technisch möglich ist, die Arbeiter, ohne Maßregelungen vorzunehmen, wieder einstellen.“

Da mehrfach von Gewerkschaftsseite und in der Arbeitnehmerspreche zum Ausdruck gekommen ist, daß möglicherweise der Kampf durch die Verbindlichkeitsklärung noch nicht beendet würde und infolgedessen damit zu rechnen ist, daß die Arbeit im mitteldeutschen Streikgebiet nicht oder nicht in vollem Umfang wieder aufgenommen wird, hat der Gesamtverband deutscher Metallindustrieller beschlossen, den Aussperrungstermin auf Mittwoch, den 29. Februar d. J. mit Arbeitsbeginn zu verschieben. Sollte sich die Notwendigkeit ergeben, zu diesem späteren Zeitpunkt die Aussperrung in Arbeitsschicht zu legen, so würde nicht die Bestämpfung der für verbindlich erklärten Sprüche, sondern lediglich die Abwehr der rechtswidrigen Fortsetzung des Kampfes durch die Arbeiter zum Ziel haben. Dabei wird aber ausdrücklich bemerkt, daß die Aufhebung der Aussperrung sofort erfolgen wird, sobald die Arbeiter zur Arbeit zurückgekehrt sind.“

Eine Bezirkskonferenz des Deutschen Metallarbeiterverbandes in Halle wird heute vormittag zur Verbindlichkeitsklärung Stellung nehmen.

## Praktisches zur Auflösung der Gutsbezirke

Von Herman Kranold-Steirhaus.

Die Beseitigung der Gutsbezirke ist wahrscheinlich der praktisch-wichtigste revolutionäre Akt im neuen Deutschland. Dabei denke ich nicht so sehr daran, daß Hunderttausenden von deutschen Männern und Frauen durch sie das Wahlrecht gegeben wird, das ihnen in Gemeindeangelegenheiten bisher vorenthalten war, wiewohl auch das wichtig genug ist. Viel einschneidender scheint mir die Tatsache, daß in die gemeinderechtliche Schutzmauer des großen Grundbesitzes eine breite Bresche geschlagen wird. Bisher konnten die Großgrundbesitzer, soweit sie Herren von Gutsbezirken waren, sich dem größten Teil der kommunalen Lasten einschließlich der Wohlfahrtslasten und der Pflicht zur Wohnungsbeschaffung dank der kommunalen Selbständigkeit der Gutsbezirke entziehen. Am Grundbesitzteil gemeinen, hatten die Landgemeinden das Vielfache von dem an Wohlfahrtslasten aufzubringen, was die Gutsbezirke tragen mußten. Wie wenig öffentliche Lasten die Gutsbezirke tatsächlich getragen haben, geht aus zweierlei hervor: einmal aus den in Anbetracht ihrer Fläche und der Lebenshaltung der Gutsherren verblüffend geringen Ueberweisungen an Reichseinkommensteuer an die Gutsbezirke, aus denen sich ergibt, daß sie auch ebensowenig Einkommensteuer bezahlten, obwohl man das bei ihrer Lebenshaltung nicht hätte vermuten sollen; sodann aber aus folgendem Vorgang: Die Kreise haben das Recht, die Hälfte der den Gutsbezirken zu fallenden Einkommensteuerüberweisungen nicht an diese auszugeben, sondern für sich zu behalten. Die Gutsbezirke können aber die Auszahlung dieser einbehaltenen Hälfte verlangen, wenn sie nachzuweisen vermögen, daß ihre öffentlichen Lasten die ihnen ohne weiteres auszugebende Hälfte übersteigen. Nur ein ganz vermindertes Bruchteil der Gutsbezirke hat bisher von diesem Rechte Gebrauch machen können; den meisten ist entweder dieser Nachweis nicht gelungen, oder sie haben ihn gar nicht erst verlangt. Bei dem größten Teil der deutschen Gutsbezirke ist jedoch, so darf man daraus folgern, die öffentlichen Lasten einschließlich der Wohlfahrtslasten, die von den Landgemeinden aus den vollen Einkommensteuerüberweisungen, den vollen Umlagen und Körperschaftsteuerüberweisungen und aus den Zuschlägen zur Grundvermögens- und zur Gewerbesteuer bezahlt werden müssen, nicht einmal die Hälfte der Einkommensteuerüberweisungen. Wir haben, so aus früherer Zeit her, noch manches Steuervorrecht des großen Grundbesitzes. Das größte Vorrecht dieser Art war, aber die kommunale Selbständigkeit der Gutsbezirke. Daß dieses jetzt fällt, daß der große Grundbesitz künftig wenigstens etwas mehr als bisher dieselben Steuerlasten zu tragen hat wie der mittlere und kleine landwirtschaftliche Besitz, das stellt den stillen, aber erbitterten Kampf ums Dasein zwischen Groß- und Kleinbesitz auf dem Lande auf eine völlig andere, dem Kleinbesitz sehr viel günstigere Grundlage. Und wir dürfen annehmen, daß der ohnehin schon stark im Gange befindliche Prozeß der Auflösung der Gutsbezirke (Kiesengüter) dadurch wesentlich beschleunigt werden wird.

## Ein Fortschritt.

Das Ergebnis der privaten deutsch-polnischen Kohlenbesprechungen. Berlin, 21. Februar. Bei den Besprechungen, die zwischen Vertretern der deutschen und der polnischen Kohlenindustrie in Berlin stattgefunden haben, ist, wie wir erfahren, in den grundsätzlichen Fragen eine Einigung erzielt worden. Es sind lediglich noch einige Fragen weniger wichtiger Natur offen geblieben, die Ende dieses oder Anfang des nächsten Monats in neuen Besprechungen zwischen den interessierten Kreisen erledigt werden können.

Ueber den Sinn und die große Bedeutung der privaten Verhandlungen zwischen den Vertretern der deutschen und der polnischen Kohlenindustrie haben wir uns bereits vor einigen Tagen ausführlich geäußert. Wenn jetzt gemeldet wird, daß diese Besprechungen zu einer Einigung in grundsätzlichen Fragen geführt haben und daß nur noch einige Fragen von geringerer Bedeutung unerledigt blieben, so bedeutet das, wie damals betont, daß damit ein wesentliches Fortschritt erzielt worden ist in den Bemühungen, mit Polen zu einer wirtschaftlichen Verständigung zu gelangen. Die Mitteilung, daß die noch nicht gelöst gebliebenen Fragen in neuen Besprechungen noch Ende dieses oder Anfang nächsten Monats erledigt werden sollen, läßt erwarten, daß das Problem des Einfuhrkontingents für die polnische Kohle nach Deutschland Anfang bis Mitte März endgültig gelöst wird.

## Nach den Hamburger Wahlen.

Die Regierungsbildung in Hamburg. Hamburg, 21. Februar. Der Vorsitzende der Sozialdemokratischen Partei in Hamburg, Leuteria, erklärte, daß die Sozialdemokratie, im Gegensatz zu der Entwicklung der Wahlen vom 9. Oktober vorigen Jahres, nach den damals gemachten Erfahrungen keinen Antrag an die Kommunisten zur Mitarbeit an der Regierung stellen werde und daß sie auch auf eine etwaige Einladung der Kommunisten nicht zu einer neuen Verhandlungsbasis hergeben würde.

## Wirtschaftliche Einigung zwischen Belgien und Frankreich

Paris, 21. Februar. (Eig. Drahtbericht.) Die Handelsverhandlungen zwischen Frankreich und der belgischen Regierung sind am Montag abend zum Abschluß gelangt. Der französische Minister hat den belgischen Verhandlungspartnern eine Reihe von Zugeständnissen gemacht.

## Mecklenburg-Strelitz ohne Regierung.

Berlin, 22. Februar. (Eigener Funkbericht.) Aus Mecklenburg-Strelitz wird gemeldet: Der neugewählte Landtag von Mecklenburg-Strelitz ist am Dienstag zum ersten Male zusammengetreten. Er wählte mit 33 von 35 Stimmen den Sozialdemokraten Dr. Roth zum Präsidenten. Nahezu 6 Stunden währten soeben heftige Auseinandersetzungen über die Wahl der neuen Regierung. Das Ergebnis war, daß zwar die alte Regierung abberufen und auch die Geschäftsführung nicht gebildet wird, daß aber für eine neue Regierung aus irgendeiner Basis keine Mehrheit zu erzielen war. Mecklenburg-Strelitz ist demnach von heute ab ohne Regierung. Die üblen Folgen des Einflusses der Spaltungsparteien offenbarten sich in dieser Verhandlung geradezu niederdrückend. Ueber die weiteren Schritte wird sich der Verfassungskonferenz des Landtages erst noch schlüssig werden müssen.

## Titulescu bei Stresemann.

Berlin, 21. Februar. Ueber die Unterredung zwischen Reichsminister Dr. Stresemann und dem rumänischen Außenminister Titulescu wird folgende amtliche Mitteilung ausgegeben: Der rumänische Außenminister Titulescu hat gestern Dr. Stresemann besucht. Während der Unterhaltung sind die Fragen, die für Deutschland und Rumänien von besonderem Interesse sind, in freundschaftlicher Weise erörtert worden. Die Minister werden die Verhandlungen während ihres Aufenthaltes an der Riviera, sowie später in Berlin fortsetzen.

## Erstes Zusammentreffen Dr. Stresemanns mit Titulescu.

Wizza, 21. Februar. Reichsminister des Auswärtigen Dr. Stresemann und der rumänische Minister des Auswärtigen Titulescu nahmen heute in dem Hotel in Kap Martin, in dem Dr. Stresemann wohnt, gemeinschaftlich das Frühstück ein. Der ehemalige englische Botschafter in Berlin, Lord D'Alvernon, sowie die Gemahlinnen der beiden Minister des Auswärtigen nahmen an dem Frühstück teil.

## Die Wahlen in Japan.

Die Neuwahlen in Japan erregten bei einer beträchtlich starken Wahlteilnahme für die Seiyukai-Partei 220, die Rikken-Seiyukai-Partei 215. Die Arbeiterpartei, die bisher ohne jedes Mandat war, erhielt 3 Sitze. In der von der Seiyukai-Partei erhofften Mehrheit ist es nicht gelungen. Für die Rikken-Partei ist bei einem Zusammengehen mit den Linksparteien unter Umständen eine Regierungsbildung möglich. Kijafetsu ist die Opposition, deren Übergroße Stärke der Regierung des Generals Tanaka zur Unterstützung des Kaisers Anlaß gegeben hat.

## An Grundsteuer bezahlten die Gutsbezirke bisher nur den Teil, der an Staat und Kreis geht.

An Grundsteuer bezahlten die Gutsbezirke bisher nur den Teil, der an Staat und Kreis geht. In den Staat bezahlten sie, wie alle Grundbesitzer, 100 Prozent des Solls, an den Kreis den jeweiligen Kreissteuerjah, in Niederschlesien gewöhnlich zwischen 30 und 50 Prozent des Solls. Die Gemeinden mußten dieselben Sätze an Staat und Kreis abführen, außerdem aber ihren eigenen kommunalen Geldbedarf durch Zuschläge zur Grundvermögenssteuer decken. In Niederschlesien schwankten diese Zuschläge (von einzelnen Ausnahmen besonders günstig stehender Gemeinden abgesehen) zwischen 150 und 1500 Prozent, das heißt, sie mußten für ihren kommunalen Geldbedarf das 1½fache bis 15fache ihrer Abgabe an den Staat von den Besitzern in der Gemeinde erheben. Wenn künftig die riesigen, zur Grundvermögenssteuer veranlagten Flächen der Gutsbezirke in die Gemeinden einbezogen werden, so werden diese erheblich höher als bisher besteuert werden, denn sie müssen den Satz bezahlen, der für die Gemeinden gilt, in die sie einverleibt werden. Auf der anderen Seite aber wird es zahlreichen Gemeinden möglich sein, ihre eigenen Steuerzuschläge ganz gewaltig herabzusetzen. Wir sind Fälle bekannt, in denen Gemeinden infolge der Eingemeindung eines oder mehrerer Gutsbezirke von 500 oder 1000 oder 1200 Prozent auf 100 oder 150 Prozent Zuschläge hinuntergehen können. Wer die Verhältnisse in diesen leistungsschwachen Gemeinden kennt, weiß, daß gerade die Gemeinden mit den bisher höchsten Zuschlägen gewöhnlich solche sind, in denen schlechte Böden und kleine Besitzgrößen und damit eine überaus elende proletarische Lebenshaltung bei der Mehrzahl der Besitzer zu verzeichnen sind. In diesen Gemeinden war bisher der Steuerdruck (trotz Einschränkung der Gemeindefeitungen auf allen Gebieten, namentlich in Wohlfahrtswesen und Schulpflege, auf das denkbar geringste Mindestmaß) für diese kleinen Besitzer abstoßend ermügend. Für sie bedeutet die Neuverteilung der Steuerlast eine wahre Erlösung. Und wenn man bedenkt, daß das bisher so gut wie unverrückte Grundbesitzverhältnis im allgemeinen in früheren Jahrhunderten den Bauern oder der bäuerlichen Allmende mit bewaffneter Raubritterhand abgejagt worden ist, so kann man diese Neuverteilung der Steuerlast auch gelegentlich nur als einen (nicht einmal sehr weitgehenden) Akt der Gerechtigkeit ansehen.

Aus diesen Gründen ist zu fordern, daß von den im Gesetz vorgesehenen Möglichkeiten, wasserrechtlich zu liegen, nur derjenige Teil des Grundbesitzes, der in der Gemeinde des Grundbesitzers liegt, in die Gemeinde einbezogen werden soll, was es offenbar unmöglich ist, die fraglichen Grundstücke einer Gemeinde zuzuteilen. Es ist Sache der Sozialdemokraten, daß dieses „offenbar unmöglich“ des Gesetzes in Frage gestellt werden kann. Das ist die oberste Bedingung des Gesetzes und die Übergabe dieses eigentümlichen geschichtlichen und sozialen Status der anderen Kreislagen des Gesetzes, vor allen Dingen die, daß durch die Eingemeindung einheitlich bewirtschaftete Gebiete nicht verstreut werden sollen, sondern zusammenhängend und unter einer einheitlichen Verwaltung, die im Rahmen der städtischen Ver-

Schrift Geltung hat, aber ihre Geltung verliert, wenn sie nur befolgt werden kann unter Verletzung jener Vorschrift. Der Sinn des Gesetzes verlangt es, daß es auch in jenen Fällen so ausgelegt wird, in denen nicht Privatpersonen, sondern Körperschaften öffentlichen Rechts privatrechtlich Grundbesitzer und kommunalrechtlich bisher Gutsherrn waren. Die preussische Staatsregierung hat aus diesem Tatbestand unter Hintanhaltung aller fiskalischen Interessen denn auch in vorbildlicher Weise für sich selbst die Folgerungen gezogen. Sie hat nämlich angeordnet, daß der ganze preussische Domänen- und Forstenbesitz bei der Auflösung der Gutsbezirke nicht anders als der Grundbesitz von Privatpersonen zu behandeln ist. Die Vorbräte sind für die Aufstellung ihrer Eingemeindungspläne durch einen Runderlaß des Ministers für Landwirtschaft, Domänen und Forsten auf das nachdrücklichste in diesem Sinne instruiert worden. Der Staat will als Grundbesitzer nicht auf Kosten der von ihm geschützten, äußerste Not leidenden Landgemeinden steuerliche Vorteile genießen. Er vertritt die Auffassung, daß er als Unternehmer von Domänen- und Forstbetrieben imstande sein muß, dieselben Steuerlasten zu tragen, wie Privatpersonen, die Unternehmer von Guts- oder Forstbetrieben sind. Dieser völlige Verzicht auf fiskalische Gesichtspunkte ist vorbildlich großzügig, er verdient, ganz besonders hervorgehoben zu werden, weil er, wie wir wissen, bei der heutigen Machtverteilung in den deutschen Ländern keineswegs allgemein sein dürfte; es ist ein dankenswerter Ausfluß der heutigen Regierungsverhältnisse in Preußen; der Beherrschung Preußens durch eine Koalition, in der die Sozialdemokratie führend ist, ist diese vorbildliche Haltung zu danken.

Für unser Sozialdemokraten im Lande ergibt sich aber daraus die Folgerung, daß wir auch bei ähnlichen Fällen, über die wir selbst mit zu entscheiden haben, uns diese Haltung der Staatsregierung wirklich als Vorbild dienen lassen. Es darf in dieser Hinsicht keinen Unterschied machen, ob Forsten oder Domänen Besitz des Staates oder von Kommunen sind. Gerade in der Provinz Niederschlesien ist der letzte Fall häufig gegeben, und wir Sozialdemokraten haben die Pflicht, als Vorbräte des von uns gewählten und entgegen geforderten Gesetzes dafür einzutreten, daß auch die Kommunen als Besitzer von Gütern und Wäldern dieselben Opfer bringen wie der Staat. In kapitalistischer Fiskalismus in diesen Dingen unberechtigt, so läuft ein kommunaler Fiskalismus in ihnen dem Sinne des Gesetzes nicht weniger zuwider. (Schluß folgt.)

### Das Ergebnis der Panamerikanischen Konferenz.

Programmatisch ist in Havanna am 20. Februar die Panamerikanische Konferenz nach mehrwöchiger Tagung geschlossen worden. Seit der Eröffnung der Sitzung durch den dortigen Präsidenten Coolidge hatte man nur sehr sporadisch Nachrichten über die dortigen Verhandlungen erhalten. Man hörte nur, daß es den Vereinigten Staaten gelungen war, eine Diskussion über ihr Vorgehen in Kuba zu verhindern, nachdem sich die mexikanische Regierung mit einer dringenden benötigten Dollarleihe den Mund hatte stopfen lassen. Da nun derjenige lateinamerikanische Staat, der am ehesten Anlaß gehabt hätte, den Washingtoner Imperialismus anzufassen, sich still verhielt, war es für die übrigen Delegationen viel schwieriger geworden, wider den Einfluß zu lösen. Einzelne Vorhänge sind dennoch erfolgt, vor allem durch den argentinischen Vertreter Pueyrredon und den Delegierten von Salvador Guerrero.

Der ehemalige argentinische Außenminister, der bereits im Jahre 1920 Proben seines Draufgängerturns geliefert hatte, als er in Genf wahllos, aber sehr lächerlich durch den Völkerverbund einbrachte und nach deren Ablehnung die weitere Mitarbeit Argentiniens beim Völkerverbund sofort einstellte, richtete einen scharfen Angriff gegen die schuppillnerischen Tendenzen der Vereinigten Staaten, die im Widerspruch zum Weien der Panamerikanischen Union trübten. Aber nur wenige Delegierte schandeten ihm, denn Washington zählt in Zentral- und Südamerika einige Kolonien, die sich in völliger Abhängigkeit von dem New Yorker Bankkapital befinden, zum Beispiel Peru, Kuba und Panama. Argentiniens Vorstoß scheiterte, worauf Pueyrredon sich von den Verhandlungen der Havanna-Konferenz zurückzog.

Gründlicher war der Vorstoß von Guerrero, der zwar nur einen kleinen Staat vertritt, aber das persönliche Prestige eines Mannes besitzt, der soeben ein Jahr lang im Senats-Völkerbund vertreten hat. Guerrero brachte einen Antrag ein, in dem erklärt wird, daß kein Mitglied der Panamerikanischen Union das Recht besitzt, sich in die inneren Angelegenheiten eines anderen Mitgliedslandes einzumischen. Diese brutale Aufstellung auf Nicaragua zwang nach einer lebhaften Debatte den amerikanischen Hauptdelegierten Hughes zu einer Stellungnahme. Er erklärte, daß die Vereinigten Staaten niemals die nationale Unabhängigkeit Nicaraguas hätten antasten wollen. Diese Erklärung wurde zwar sehr kühl aufgenommen, aber mit Hilfe seiner Genossen setzte er Hughes durch, daß die weitere Debatte über den Antrag Guerrero auf die nächste Panamerikanische Konferenz verschoben wurde, die in Montevideo im Jahre 1933 stattfinden soll! Man begnügt sich — ganz nach

Genfer Vorbild — mit einer einstimmig angenommenen Resolution, die jeden „Angriffstrieg“ verbannt. Das ist ein mageres Ergebnis nach alledem, was sich die Amerikaner in Mexiko, Nicaragua und anderen Ländern herausgenommen haben. Es ist dem amerikanischen Delegierten gelungen, durch eine an Obstruktion grenzende passive Resistenz alle ihnen allzu unbequemen Beschlüsse zu verhindern.

Der 20. Februar war als äußerster Termin für den Schluß der Konferenz in Aussicht genommen. Den Antrag, die Konferenz zu verlängern, brachten die Amerikaner ebenfalls vor, weil sie aus weiteren Beratungen unangenehme Beschlüsse befürchteten. Immerhin war für die Nordamerikaner das offene Mißtrauen, das einige der wichtigsten lateinamerikanischen Republiken ihnen gegenüber zeigten, eine nützliche Warnung. Die nächste Konferenz wird in der Hauptstadt eines der fortschrittlichsten südamerikanischen Staaten stattfinden und nicht mehr auf einer Insel, die der amerikanischen Finanzkontrolle unterliegt. In Montevideo haben im August 1927 riesige Demonstrationen gegen die Hinrichtung von Sacco und Vanzetti stattgefunden, sogar das uruguayische Parlament hat damals offen gegen diesen Justizmord protestiert. Mögen die Erfahrungen von Havanna den Imperialisten in Washington und New York eine heilsame Lehre sein, sonst wird sich die soeben mühsam zurückgegrängte Empörung in fünf Jahren in Montevideo mit elementarer Gewalt Luft machen.

### Die Getreidetrife in Sowjetrußland.

Moskau, 20. Februar. Die Sowjetblätter bringen zahlreiche Meldungen über gerichtliche Verfolgung der Großbauern (Kulaki) auf Grund des § 107 des Strafgesetzbuches: in einigen Bezirken hätten die Großbauern Getreidevorräte noch von der Ernte des Jahres 1926 gehamstert, um im kommenden Frühjahr das Getreide zu Spekulationen zu wenden auf den Markt zu bringen. Diese Getreidevorräte sind von der Sowjetregierung beschlagnahmt und zahlreiche Großbauern zu längeren Freiheitsstrafen verurteilt worden. Im Uralsgebiet wurden bei einem Großbauern 2000 Rubel Getreide beschlagnahmt. Auch gegen die privaten Mühlenpächter und Mühlenbesitzer wird scharf vorgegangen. Nach den Meldungen der Berichterstatter der Sowjetblätter aus der Provinz Jekaterinburg eine weitverbreitete Tätigkeit auf dem Gebiet der Getreidespekulation gerade in den wichtigsten Getreidegebieten entfallen, wobei sie sich für den Transport von gemahltem Getreide vielfach sogar des Sakantos bedienen. — Zwischen dem Handelskommissar Kilojan und dem Verkehrsminister ist in der Sowjetpresse eine interessante Polemik entstanden, und zwar in bezug auf die erheblichen Transportwierigkeiten bei der Getreidezufuhr aus Sibirien. In Verantwortung der Angriffe Kilojans auf die Leitung des Verkehrsministeriums erklärt das Verkehrsministerium, daß das Handelsministerium keineswegs alle technischen Möglichkeiten der sibirischen Eisenbahnen ausgenutzt habe. Wie unübersichtlich die Lage auf dem Getreidemarkt geworden ist, wird aus einer Meldung der „Gonomitschesskaja Schin“ aus dem Bezirk Maikop in der Ukraine ersichtlich. Die Bezirksbehörde meldete Anfang Februar, daß der Januarvorrat an Getreidevorräten um 100,1 Prozent durchgeführt worden sei. Dagegen erklärt die Gouvernementsbehörde, daß das Ankaufsprogramm nur zu 77 Prozent durchgeführt wurde. Ähnliche Meldungen kommen auch aus anderen Gebieten. Auch über die unzulängliche, nur nach bürokratischen Gesichtspunkten geleitete Arbeit der Ankaufsorgane wird geklagt. Beispielsweise blieb im Donezgebiet eine Getreideanlaufstelle wegen der Abwesenheit des Wagenmeisters drei Tage lang geschlossen. Aus dem Bezirk Sapozhkie wird gemeldet, daß die Leiter der genossenschaftlichen Getreideanlaufstellen dauernd Urlaubslage veranlassen, an Festlichkeiten teilnehmen usw., während diejenigen Bauern, die Getreide zu den Ankaufstellen bringen, gezwungen sind, unverrichteter Dinge in ihre Dörfer zurückzukehren.

### Russischer Bluff!

Die Sowjetpresse meldet einen neuen Triumph Moskaus: die Löhne der Industriearbeiter Rußlands haben das Kriegsniveau überschritten! Im Wirtschaftsjahr 1926/27 war ein Durchschnittslohn von monatlich 672 Rubel für Industriearbeiter erreicht worden. Das wären 60 Prozent des Durchschnittslohnes der Kriegszeit. Im ersten Quartal des laufenden Wirtschaftsjahres soll nun infolge gemittelter Erhebungen der Durchschnittslohn in der Industrie auf 621 Rubel gestiegen und damit das Kriegsniveau überschritten sein.

Ein neuer Bluff für ehrungslose Gemüter! Die Ankauf des Sowjetrußlands beträgt nicht einmal 50 Prozent des Kriegsniveaus. Deshalb stehen die Reallohn weit niedriger, als es den Anschein hat. Ferner sind die Preise für Lebensmittel und Industriewaren wie überhaupt die Kosten für die ganze Lebenshaltung gegenüber der Kriegszeit um ein Vielfaches gestiegen. Tatsächlich lieder der Sowjetkommunisten den Arbeitern weniger als die frühere kapitalistische Wirtschaft. Bei einer Verbesserung der Lebensbedingungen des russischen Arbeiters kann gar keine Rede sein.

Das Zentralkomitee der russischen Gewerkschaften rühmt, daß sich die durchschnittliche Arbeitsleistung um 55,4 Prozent gehoben habe; zu gleicher Zeit wird aber mitgeteilt, daß die Löhne im selben Zeitraum nur um 38 Prozent gestiegen seien. Wo bleibt da der Lohnfortschritt?

Wie es in Rußland in Wirklichkeit steht, geht daraus hervor, daß die Nachrichten sich häufen, wonach die Warenknappheit von Tag zu Tag zunimmt und beinahe schon katastrophale Formen annimmt.

### Die Regierung des Finanzkapitals.

Der Mißtrauensantrag gegen die Regierung Nowinski abgelehnt.

Dats, 21. Februar. (Eigener Drahtbericht.) Die am Dienstag begonnene Debatte über die Erklärung der neuen norwegischen Regierung wurde noch am gleichen Tage mit einer Abstimmung über einen Mißtrauensantrag gegen die Regierung beendet. Der Antrag verfiel bei der Abstimmung mit 85 gegen 62 Stimmen. Die Führer der Rechtenparteien und der Agrarier stimmten gegen das Mißtrauensvotum. Im Verlauf der Debatte verwies der Führer der gemäßigten Arbeiterregierung, Hornrud, zunächst darauf, daß die Banken sein Kabinett zwingen wollten, einen großen Teil ihrer Verluste zu tragen. Diese Zumutung habe die Arbeiterregierung abgelehnt und deshalb sei sie gestürzt worden. In dem Mißtrauensvotum, das ebenfalls von Hornrud begründet wurde, heißt es, daß die Regierung Nowinski keine andere Erklärung abgegeben habe als das zurückgetretene Kabinett. Die Politik dieser Regierung sei aber durch die letzten Wahlen verurteilt worden. Andererseits wäre die gegenwärtige Regierung durch eine außerparlamentarische Aktion entstanden und als ein gehobenes Institut für die privaten Bank- und Geldinteressen zu betrachten. Aus all diesen Gründen beantrage die Arbeiterpartei, der Regierung das Mißtrauen auszusprechen.

Von der Regierung wurde im Laufe der Debatte u. a. mitgeteilt, daß die von der Arbeiterregierung für das Jahr 1928 geplante Einstellung der Militäraufgaben nicht erfolgen solle. Auch die anderen von der Arbeiterregierung ausgearbeiteten Pläne habe das neue Kabinett fallen gelassen.

Innerhalb der kommunistischen Partei Norwegens ist wegen der Unterstützung der Arbeiterregierung durch die kommunistischen Abgeordneten ein neuer Streit entbrannt. Mostau wünschte den offenen Kampf gegen das Arbeiterkabinett. Die kommunistischen Abgeordneten haben sich diesem Befehl jedoch nicht gefügt. Es ist zu erwarten, daß sie jetzt zum großen Teil zur Arbeiterpartei übertreten.

### Frankreich und die Abrüstung.

Die beiden Standpunkte in der Sicherheitsfrage unverändert.

Genf, 21. Februar. (Eigener Drahtbericht.) Das Ergebnis der Dienstag-Vormittagssitzung des Sicherheitskomitees war enttäuschender als das des Montags. Weder der Vertreter Italiens, noch der französische Vertreter Paul Boncour, rüdten auch nur einen Finger breit von der bekannten bisherigen Einstellung ihrer Länder ab. Der Italiener schloß sich hinsichtlich der Schiedsgerichtsbarkeit dem englischen Standpunkt an und wünschte für den Völkerverbund Handlungsfreiheit.

Paul Boncour hielt ein Plädoyer gegen die sofortige Abrüstung. Er versuchte, zu beweisen, daß weder die Sicherheit Europas noch der Welt so weit gesichert sei, daß man schon abrüsten könnte. Sicherheit und Abrüstung bildeten ein einheitliches Ganzes, bei der die Sicherheit vorrangig zugehen habe. Aufgabe des Sicherheitsausschusses sei die Ausarbeitung einer weitumfassenden Friedenssicherung als Voraussetzung und Präzisierung des Völkerverbundes. Unter Bezugnahme auf die Ausführungen der polnischen Delegierten und das Gutachten des Griechischen Politikers forderte Boncour als Voraussetzung der Abrüstung regionale Sicherheitsverträge mit materieller Unterstützung gegen Angreifer, Achtung des Angriffstriegs und Ausbau der Sanktionsbestimmungen. Einer allgemeinen Schiedsgerichtsbarkeit könne Frankreich beitreten, wenn hinter ihr die Sanktionsdrohung stehe.

Der finnische Vertreter trat dann für den norwegischen Gedanken eines allgemeinen Schiedsgerichtspaktes ein und begrüßte die deutsche Vorschläge als technische Maßregelung zur Kriegsvorbereitung. Einigen trotzdem erfolgenden Angriffstrieg wünsche Finnland finanzielle und materielle Unterstützung des Völkerverbundes. Am Nachmittag fand keine Sitzung des Komitees statt. In inoffiziellen Besprechungen versuchte man die bestehenden Differenzen auszugleichen.

### Albanien ruft um Hilfe.

Genf, 21. Februar. (Eig. Drahtbericht.) Die albanische Regierung hat den Völkerverbund um Hilfe gegen die seit Wochen in ihrem Lande zu verzeichnende Hungersnot gebeten. Nordalbanien war schon 1924 infolge einer Missernte von der Hungersnot bedroht. Damals hat der Völkerverbund ebenfalls die erste Hilfe geleistet.

## Petroleum.

Roman von Upton Sinclair.  
Copyright 1927 by Knopf-Verlag N.Y., Berlin W. 9.

67] (Nachdruck verboten.)

„Wir werden uns nicht von diesen Fremden leiten lassen“, meinte Herr Kog. „In diese Zeit kann uns niemand anstarren und die Kontrolle in sich reißen.“

„Nun magst du nicht lange zögern, um zu begreifen, wie groß und unerschütterlich die Macht des Petrols und des Herrn Kog werden soll.“ Aus den Prospektoren und Ingenieuren der „Kog Consolidated“ sollte die Abhängigkeit von den ungeheuren Petroleumvorkommen des Kog-Kontinents in Paradise entstehen, aber in Wirklichkeit sollte dieses Feld nur ein Stück von der „Kog Consolidated“ betreiben, sondern an ein anderes Unternehmen verpachtet werden: an die Kog-Gruppe. Herr Kog war ein Mann, der die Kog-Gruppe betreiben sollte, Herr Kog war ein Mann, der die Kog-Gruppe betreiben sollte.

Als Susan, der kleine Jochan, mit Freunden kam, war er, wie er den Kog trankte.

„Auf diese Art wird Geld gemacht. Kein Geld, wir gründen das nicht eine Petroleumgesellschaft zum Wohl der Allgemeinheit! Die wird schon ihr Teil erhalten, mehr als ihr Teil. Die Kog-Gruppe werden bereits in einem Jahre auf spektakuläre Weise und schließlich haben wir, da und da, die ganze Welt in Paradise geleitet, und auch auf dem Prospekt Hill und in einem Jahre. Die Regierung fordert von uns auch noch mehr Geld, das Kog-Gruppe fordert von uns auch noch mehr Geld. Wir wollen ihr zum Zuge verhelfen, und wir können wir das, wenn wir den Kog-Gruppe das Geld hinstellen, damit sie es für Zwecke verwenden? Sollen wir es die Petroleum-Verpachtung in Anspruch?“

Herr Kog lächelte hin und her, hatte es scheinbar beifallen, wenn es sich um die Kog-Gruppe handelte. Und seine Antwort war, daß er das Recht auf die Kog-Gruppe hatte, was richtig war und das war es. Er sah Herr Kog an, und sah, daß er ein Mann war, der in der Kog-Gruppe ein Leben lang leben wollte und sich um die Kog-Gruppe kümmerte. Herr Kog war ein Mann, der die Kog-Gruppe betreiben sollte, Herr Kog war ein Mann, der die Kog-Gruppe betreiben sollte.

## VIII.

„Inzwischen hatte eine neue Offensiv der Deutschen gegen die Franzosen eingesetzt, die größte des ganzen Krieges: die große Winter-Offensive. Sie trug den Namen „Friedenssturm“, weil die Deutschen durch sie Paris und damit den Frieden erobern wollten.“

„Der jedoch waren bereits große Schichten mit amerikanischen Truppen besetzt, es gab schon eine Million amerikanischer Soldaten in Frankreich, und jeder Monat kamen weitere dreihunderttausend dazu mit Munition und Proviant, alles unterirdisch zum Land. Die Truppen waren im Gegensatz zu den anderen noch nicht fertig. So es hieß, daß die Franzosen nicht nach, die große Offensive kam zum Stillstand.“

Zwei Wochen später geschah etwas, das die ganze Welt erschütterte: die Amerikaner zogen ab. Sie griffen bald hier, bald dort an, stießen den Feind aus Befestigungen, an denen er Jahre hindurch gehalten und die er für unerschwingbar gehalten hatte.

Die schnelle Hinwendung wurde bewirkt ab, hinter ihr die Sowjet-Gruppe, die Handlungsbühne und die übrigen militärischen Organisationen.

„In Amerika bedeutet das eine ganze Generation aus Krieger-Generale. Die Bundesarmee der berühmten Generalität St. Michel war nunmehr die Feinde zu Jehu-ähnlichen Gruppen und eroberten, was noch mehr wichtiger war, Maschinen-Genossen und Schiffe, die von den Deutschen nicht mehr erbeutet werden konnten. Es ging es den ganzen Winter hindurch, und die ganze Offensivoperation in Europa wurde immer mehr bereits beendet, daß der Krieg nunmehr zum Ende war, daß er die Franzosen waren.“

„Nunmehr hier Zeit gab Paul sein Lebensgefühl von sich. „Was ist es, was du vermagst?“, meinte er. „Was ist es, was du vermagst?“, meinte er. „Was ist es, was du vermagst?“, meinte er. „Was ist es, was du vermagst?“, meinte er.“

„Nunmehr hier Zeit gab Paul sein Lebensgefühl von sich. „Was ist es, was du vermagst?“, meinte er. „Was ist es, was du vermagst?“, meinte er. „Was ist es, was du vermagst?“, meinte er. „Was ist es, was du vermagst?“, meinte er.“

die Sunny mitschickte, könne Ruff erleben, daß es in der Gegend von Wladiwostok fast nie zu Kämpfen kam. Ereignisse sich etwas Wichtiges, gab es wirkliche Schlachten mit Toten und Verwundeten, so würden die Zeitungen bestimmt darüber berichten.“

Im Juli 1918 waren die amerikanischen und japanischen Truppen, ohne auf ernstlichen Widerstand zu stoßen, in Wladiwostok gelandet. Sie hatten sich längs der Transsibirischen Eisenbahn ausgebreitet und besetzten sie bis zum Baikalsee, wo sie auf die Tschukotkawas stießen. Unterstützung von diesen Hugen Leuten beherrschten die Alliierten nun fast das ganze Gebiet bis zur Kolga, die Bolschewiki mußten sich in das Innere des Landes zurückziehen.

Von Zeit zu Zeit berichteten die Zeitungen, daß ein General oder ein Admiral mit dem Gehe der Alliierten eine neue Regierung gebildet habe. Im Weiten pflegte dies ein Kolonialbeamter, im Osten ein chinesischer Mandarin oder ein mongolischer Lama oder irgendein anderes seltsames Wesen zu tun. Auf diese Art wurden immer weitere Landstriche vom Uebel des Bolschewismus befreit.

Und inmitten dieser bunten und aufregenden Ereignisse hatte Paul Baffins aus Paradise in Kalifornien Kajernen und Paul keine für die Vereinigung Christlicher Junger Männer. Einmal Tages werde er heimkehren und viel zu erzählen haben. Paul schrieb Sunny an Ruth, um sie zu trösten.

## IX.

In Sunnys Gegend wurden die Nächte kalt, aufregende Nachrichten aus Europa füllten noch immer die ersten Seiten der Zeitungen, die täglich bis acht Ausgaben verkauft wurden. Das Fortbringen der Alliierten schien sich nun endlich in den langverhofften Kampf auf Berlin zu verwandeln. Nach Berlin und dann nach Wien, nach Sofia, nach Konstantinopel! Heberer brachten die Zentralmächte zusammen. Der Präsident Wilson verlangte keine stützende Punkte, und die Deutschen wurden aufgeföhert, sich im Vertrauen darauf zu ergeben.

Gerüchte wurden laut, daß die deutschen Führer einen Waffenstillstand anboten. Zwei bis drei Tage wider Spannungsdruck wurde die Antwort der Alliierten bekannt: kein Waffenstillstand, nur Übergang. Der Kampf nach Berlin wird fortgesetzt. Und nun eines Tages die unglückliche Nachricht: der Feind hat kapituliert, hat seine Kapitulation unterzeichnet! (Nachdruck verboten.)

# Hilde Scheller.

Strafprozeß, Jugendgericht und Strafrechtsreform.

Von Hans Hyan.

Es folgt nun noch ein Artikel des bekannten Kriminalisten über die Strafprozeßualen Fragen des Strafrechts.

Kein jemals hat eine Moabiter Gerichtsverhandlung ein so schreckendes und zugleich beständiges Bild geboten, wie die Verhandlung gegen den Primaner Kranz, der wegen Mordtötung und wegen Verabredung zum Mord in zwei Fällen unter Anklage steht. Der Erste Staatsanwalt Steinbeck hat diese völlig unsubstanziierte Anklage formuliert, die er im Laufe des Prozesses selbst auf Losschlag einschränken mußte. Rechtsanwält Frey wußt diesem Staatsanwalt vor, er kenne die Sachverhalte nicht. Und in der Tat weiß Herr Steinbeck nicht einmal, daß dem Angeklagten die Ladung die Ladung der Sachverständigen Rechtswahl notwendig werden muß. So der Staatsanwalt, rechtfertigt die Sache jeden Ueberblick, jede Beherrschung eines so gewaltigen Prozeßstoffes vermissen. In einer Zeit, in der sich alle Leute die Köpfe zerbrechen, wie man die Zahl der Straftäter und die verblüffende Ziffer der wegen Verurteilung einschränken kann — in solchem Augenblick bleibt Herr Landgerichtsdirektor Dutt eisensternig dabei, ein paar eben sechzehnjährig gewordene Mädchen zu vereidigen, und zwar, um ihnen unter Eid die allerintimsten Dinge ihres Sexuallebens abzufragen. Wir erleben das widerwärtige Schauspiel, daß ganz junge Geschöpfe gezwungen werden, vor einem Richter-Auditorium ihre verborgensten Gefühle preiszugeben, ohne daß damit für den Prozeß irgendwelche Wesentliches gewonnen würde. Und was ist der Effekt dieses völlig unumgänglichen Vorgehens seitens des Gerichts? — unsere lieben Jünglinge und Jungfrauen bringen im Reichstag eine Novelle zum Reichs-Pressgesetz ein, die Einfügung eines neuen § 17a, wonach Prozeßberichte, die geeignet sind, das Geschlechtsgedächtnis der Jugend zu überreizen oder irregulieren, verboten sind.

„Risum tenentis amici!“ Wer lacht da?! Herr Mumm von den Deutschnationalen mit Zentrumsfolge möchte ein bißchen die Öffentlichkeit des Gerichtsverfahrens jurisdizieren. Eine hübsche Idee, nur etwas nebenbei gedacht. Es handelt sich nämlich gar nicht darum! Daß Prozeßberichte über einen derartigen Standfall in die Presse kommen, das ist selbstverständlich. Worüber man streiten könnte, wäre die mehr oder minder sensationelle Aufmachung der Berichte.

Das Wesentliche liegt darin, daß ein solcher Prozeß, bei dem es sich durchweg um Schüler handelt, vor ein Jugendgericht gehört. Dort die nötige Einschränkung der Berichtserstattung zu verfügen, wäre ein Leichtes. Aber vor allen Dingen betrifft diese Frage die Strafrechtsreform. Und da ist denn neulich im Strafrechtsausschuß des Reichstages auch über das Strafmündigkeitsalter gesprochen worden, wobei einzig und allein die Sozialdemokraten für die Herabsetzung der Altersgrenze auf 18 Jahre getreten haben. Samtliche anderen Parteien haben sich standesgemäß für die Beibehaltung der Altersgrenze ausgesprochen. Vergeßlich hoffte man, bei dieser Gelegenheit etwas über die Frage des Reichsrichters und der strafrechtlichen Bedeutung der Pubertät bzw. der Pubertätsverflechtung zu hören. Die ganze Umdeutung und Einseitigkeit der Juristen kam bei dieser Gelegenheit wieder einmal zur Geltung.

Wie soll denn ein Richter, der weder von Psychologie, noch von Schopenhauer und am wenigsten von Psychiatrie eine Ahnung hat, heute noch seines so verantwortungsvollen Amtes waltend? An Stelle des studentischen Sanktionsverfahrens, bei dem die jungen Leute nicht nur an der Arbeit hindert, sondern sie auch für ihr späteres Leben halb untauglich dazu macht, sollten endlich die verschiedenen Doktrinen der Biologie an den Universitäten als pflichtmäßige Lehrfächer eingeführt werden. Und die heutigen Richter müßten solche unentbehrlichen Dinge nachlernen, wenn sie im Amte bleiben wollen. Der Strafrechtler kann sich aber erlauben sich nach geltendem Recht nicht vom Sachverständigen überzeugen lassen. Folglich muß er selbst fachgerecht sein, besonders in den Wissenschaften der erkrankten oder abnormen Menschenseele, die er jeden Tag studiert und über die er jeden Tag zu urteilen hat.

Was sehen wir denn da im Moabiter Schwurgerichtssaal? — Einen achtzehnjährigen jungen Menschen, der körperlich ohne Widerstandsfähigkeit, mit seinem regen und reizbaren Verstande in diese Zeit der Gegenläufe, der Auflösung und der Umwertung, besonders der sexuellen Werte, hineingeworfen wurde. Dieser Junge, eben so wie sein toter Grund Günther Scheller und der von diesem erschossene Hans Stephan, steifen in dem kalten Gewässer einer insensiblen Sexualität dahin. Ich mache der Voruntersuchung den Vorwurf, sich um diese wichtige aller Fragen im Prozeß nicht genügend gekümmert zu haben. Wohlhabende Männer, die ihre wahren Bedürfnisse kennen, junge, unreife Menschen in Gleichgeschlechtlichkeit zu verführen, im Hintergrunde auftauchende Jugendliche, selbst verdächtig der Kinderverführung, bilden einen lächerlichen Komplex, in den sich die natürlichen Empfindungen der hier lächerlich werdenden verdrängt haben. Diesen Komplex aufzubrechen und klar zu zeigen, wäre die erste Aufgabe der Voruntersuchung gewesen. Nicht das ist wichtig, wie eng die Liebesbeziehungen Hilde Schellers zu Paul Kranz waren — denn wie und nimmer ist die doppelte Bluttat ein Akt der Eifersucht oder der verärgerten Bruderliebe um dieses Mädchen. Die eigentlichen Gründe, weswegen Günther schoß und Paul Kranz, dieser junge Verurteilte, jetzt der moralischen Mitschuld an dem Doppelmord, sich selbst bezieht, liegen zweifellos im Bereich des Schopenhauerischen, insbesondere aber in der Eifersucht und in dem Reiz dieser abgestimmten Jungen auf ihre sexuellen Freunde. Und im Alkoholmißbrauch.

Auch da haben wir im Strafrechtsausschuß des Reichstages Wunderdinge erlebt. Die Herren Reichsboten haben einen Wust sondergleichen über diese Dinge zusammengebracht. Und sie haben sich zuletzt und endlich geeinigt auf den ungläublichen Satz: „Jeder Trunkene ist verantwortlich für die Taten, die er in der Trunkenheit begeht.“ Niemand zeigte dort eine Spur des Wissens um diese Dinge. Daß es so etwas wie Blauphosphor oder Sturverderbnis gibt, daß das Raucherbe die fürchtbarste Mittelgift ist, die ein Mensch mit ins Leben bringen kann, daß der Alkohol schon die Keimzelle derart vergiftet, daß das neu entstandene Menschengeschöpf seinen Instinkten hemmungslos und entsetzungslos preisgegeben ist; daß von einer freien Willensbestimmung, die an sich eine Fiktion ist, beim Trinken kaum noch die Rede sein kann; daß durch den kumulativen wirkenden fortgesetzten Alkoholmißbrauch eine Kindermordigkeit des ganzen Menschengeschlechtes hervorgerufen wird, die nach immer neuer Simulation durch Alkohol führt und daher widerstandslos dem kets erneuten Erzech preisgegeben ist, daß also Alkohol und Alkoholmißbrauch jeder Juristenweisheit spotten und nur biologisch zu deuten sind in Geleße zu lassen sind — warum sollte ein deutscher Reichsbote über diese Dinge Bescheid wissen?! Er mag zwar die Geleße für sein Volk; er redet mit Empörung und herzt eine ganze neue Strafrechts- und Prozeßreform; aber die Welt wird dadurch nicht einen Schritt vorwärts, sondern eher vergebene zurückgebracht.

Und da drängen in Moabit nicht ein kleines Mädchen, Hilde Scheller, und beständig die gelehrten Richter, Sachverständigen und Reichsboten durch die Welt, wie sie sie gegen diejenigen wehrt, die ihr immer wieder die Seele entziehen und ihr ihres Schanzgeschäfts entziehen wollen.

## Eine Niederlage der Regierung Indiens.

Seebay, 21. Februar (Eigener Drahtbericht). Die indische gesetzgebende Versammlung beschloß am Dienstag mit 53 gegen 34 Stimmen, einen Gesetzentwurf, der die Grundlage für die Schaffung einer selbstständigen indischen Flottenflotte unter britischer Führung schaffen sollte, von der Tagesordnung abzusetzen. Der Gesetzentwurf sieht die Schaffung eines Stützpunktes der Flottenflotte durch Indien vor.

## Unterzahlungen bei einem Pionierbataillon.

Aus Stuttgart wird uns geschrieben: Bei dem Pionierbataillon in Ulm sind nicht unerhebliche Durchzahlungen aufgedeckt worden, die von dem als Truppenunterstützungsleiter bei der Reichswehr tätigen Gewerbedirektor, Dipl.-Ing. Wilhelm Hugel, und dem Kaufmann Wilhelm Reich, Inhaber einer Werkzeug- und Maschinenhandlung in Ulm, gemeinsam bezogen worden sein sollen. Hugel und Reich wurden inzwischen verhaftet und dem Gericht zugeführt. Bei Lieferungen für die Pionierschule hatten beide unter sich Abmachungen getroffen, durch die Reich bei der Vergabe jedesmal zum Zuge kam. Er hatte jedes der drei Angebote, die nach den Vorschriften von den Beauftragten bei den Lieferanten eingeholt werden, auf den amtlichen Formularen eingereicht, wobei er aber beim zweiten und dritten Angebot eine andere Firma vorgeführt und entsprechend höhere Preise angefordert hatte. In seinem eigenen Angebot hatte Reich jeweils 10 Prozent Provision für Hugel eintrahiert, die an diesen nach Erteilung des Auftrages auszuschütten wurden. Durch diese schon seit längerem betriebenen Machenschaften soll der Reichsiskus nach den bisherigen Feststellungen um etwa 10 000 Mark geschädigt worden sein.

## Die Ausarbeitung des Arbeitsprogramms

Die Vorlagen gehen in dieser Woche dem Reichsrat zu. Berlin, 22. Februar. Wie den Blättern zu der gestrigen Kabinettsitzung mitgeteilt wird, beschäftigt das Reichskabinett, die Geleße über das Arbeitsprogramm dem Reichsrat so schnell wie möglich zuzuleiten, damit die parlamentarische Erledigung möglichst beschleunigt werden kann. Die Einbringung der Entwürfe beim Reichsrat wird zum Teil voraussichtlich schon Mitte dieser Woche erfolgen. Dem Reichsrat gehen sie einzeln zu, die Absicht aber, für die parlamentarische Behandlung die Maßnahmen in ein Rahmengesetz einzufassen, wird dadurch nicht aufgehoben.

## Dr. Marx weiter krank.

Berlin, 21. Februar. Wie den Blättern mitgeteilt wird, ist Reichsminister Dr. Marx durch seine Krankheit weiter an das Bett gefesselt, so daß er nicht in der Lage ist, an den Beratungen teilzunehmen, die zu Ehren des Königs von Afghanistan geplant sind. Es ist auch wahrscheinlich, daß der Reichsminister die Regierungserklärung am 27. Februar nicht selbst im Reichstage abgeben können. Im Anschluß an die Krankheit wird Dr. Marx zunächst einen Erholungsurlaub nehmen müssen, um sich einer Kur zu unterziehen.

## Der Urendsdorfer Mörder unter ärztlicher Überwachung.

Der zu mehreren Jahren Zuchthaus verurteilte Urendsdorfer Mörder August Schmelzer ist dieser Tage aus dem Frankfurter Untersuchungsgefängnis nach Berlin-Moabit überführt worden. Schmelzer machte in Frankfurt wiederholt Selbstmordversuche und spielte zeitweilig den Tölpel. Er ist deshalb in Berlin unter ärztliche Überwachung gestellt worden. Der Vater des Schmelzer, der inzwischen wieder verhaftet worden ist, verbleibt bis zum Abschluß der Revisionssinstanz in Frankfurt a. d. Oder.

## Marintowitsch übernimmt die Regierungsbildung in Jugoslawien.

Belgrad, 20. Februar. Marintowitsch hat das Mandat zur Bildung einer auf breiter Grundlage stehenden Konzentrationregierung angenommen.

# Dreihundert Prozent Vermögensaufwertung.

### Die Angst vor den kommenden Lohnbewegungen.

Von Kurt Heinig.

„Fragen von Arbeitszeit und Lohn können niemals für sich allein entschieden werden.“

(Aus der Denkschrift der Vereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände an das Reichskabinett.)

Die Unternehmer schreien Hilfe, weil sie merken, daß das werdende Frühjahr ihnen auch die Pflicht zur Zahlung höherer Löhne auferlegen wird.

Die Unternehmer behaupten, daß sie die Lohnsteigerung nicht tragen könnten, ihr Kapital sei zu knapp. Zugleich behaupten sie, daß die Arbeitnehmer seit 1924 schon 80-90 Prozent Lohnsteigerung erhalten hätten.

Auch wir sind der Auffassung, daß Fragen von Arbeitszeit und Lohn niemals für sich allein entschieden werden können. Deswegen ist es garnicht notwendig, mit den Unternehmern darüber zu streiten, wie hoch während der jüngst vergangenen Jahre die Lohnsteigerung in Wirklichkeit ist — die Unternehmer verweigern ja nach wie vor eine genaue und unparteiische Kontrolle ihrer Selbstkosten —, wichtiger ist, daß nachgeprüft wird: erstens wie hoch die Arbeitsleistung gestiegen ist, zweitens in welchem Umfange das industrielle Vermögen aufgewertet worden ist.

Die Reichs-Kredit-Gesellschaft veröffentlichte eben ihren Jahresbericht. Sie teilt darin über die Entwicklung der Arbeitsleistung das folgende mit:

1. Der Schichtüberanteil im Ruhrkohlenbergbau in Prozent des Monatsdurchschnittes von 1913 — damals gleich Hundert —, ist Ende 1927 bis auf über 132 gestiegen.
2. In der Kohlenproduktion ist die Tagesleistung je Arbeiter vom Januar 1925 — gleich Hundert gestellt —, bis Ende 1927 auf 140 gestiegen.
3. In der Rasthahnenproduktion ist die Entwicklung der Tagesleistung des Arbeiters in der gleichen Zeit von 100 auf 137 gestiegen. Auch das ist ein Sprung an gesteigerter Arbeitsleistung in nur zwei Jahren!
4. In der Maschinenindustrie ist vom ersten Vierteljahr 1925 das Bergleistungswert je Kopf der Normalarbeiter von 100 auf 145 im dritten Vierteljahr 1927 gestiegen.
5. Wenn man bei der Reichsbahn die geleisteten Leistungen je Kopf des Personalstandes gleich Hundert stellt, so ergibt sich für 1927 eine Steigerung auf 118,5 Tonnen.

Schon diese wenigen Angaben zeigen, daß die Arbeitsleistung in den jüngst vergangenen Jahren außerordentlich nach oben gegangen ist.

Wie ist es in der gleichen Zeit dem industriellen Vermögen gegangen?

Wir haben in der Kurvenentwicklung der deutschen Aktien einen untrüglichen Maßstab für die Bewertung der industriellen Vermögen. Dazu ist festzustellen, daß der Goldwert des in der deutschen Wirtschaft vorhandenen Aktienkapitals von Anfang 1924 bis heute um über 300 Prozent aufgewertet worden ist. Die bedeutendste Aufwertung ist dabei in der Zeit der jüngst vergangenen zwei Jahre erfolgt.

Der Kurswert sämtlicher an der Berliner Börse gehandelten deutschen Aktien betrug Ende 1925 etwa 7 Milliarden Goldmark, im Januar 1928 betrug er 17,3 Milliarden. Die Vermögensaufwertung der deutschen Unternehmer ist nur zum kleinsten Teil durch die Aufnahme ausländischer Kredite erfolgt, zum größeren Teile ist das Vermögen dadurch gewachsen, daß erhebliche Gewinne der jüngst vergangenen zwei Jahre in

## Amerika gibt das deutsche Eigentum frei.

500 Millionen Mark kommen nach Deutschland.

London, 21. Februar. Der amerikanische Senat hat am Montag nach einer zweistündigen Schlußdebatte die Freigabe des im Kriege beschlagnahmten Eigentums der Angehörigen ehemals feindlicher Staaten beschlossen. Dieser Beschluß bedeutet die sofortige Rückgabe von 80 Prozent des beschlagnahmten fremden Eigentums. Es dürfte sich hierbei um insgesamt 500 Millionen Mark und außerdem um eine Summe von 100 Millionen Dollar als Entschädigung für beschlagnahmte Schiffe handeln. Die ehemaligen deutschen Fürsten sind von den Entschädigungen ausgeschlossen. Nach Deutschland dürften allein über 500 Millionen gelangen.

## Neue Töne in Belgien.

Der Ton des belgischen Außenministers gegen Deutschland ist zurückhaltender geworden.

Brüssel, 21. Februar. (Eigener Drahtbericht). Der Senat behandelte am Dienstag den Etat des Ministeriums des Außenwesens. Bei dieser Gelegenheit hielt der Außenminister Hymans ein Referat über die internationale Lage. Obwohl er sich im wesentlichen an die bisher verfolgte außenpolitische Linie hielt und nicht viel Neues sagte, weichen Inhalt und Ton seiner Ausführungen doch unangenehm von dem ab, was man in den letzten Jahren vom Außenminister Vandervelde zu hören Gelegenheit hatte. Sowohl seine Ausführungen über die Beziehungen zu Deutschland wie seine Bemerkungen über die Friedensbestrebungen des Völkerbundes ließen an Wärme und Ueberzeugungskraft viel zu wünschen übrig.

Inbezug auf die Rheinlandräumung betonte der belgische Außenminister zunächst, daß bisher weder direkt noch indirekt ein Schritt in dieser Frage bei der belgischen Regierung getan worden sei. Andererseits habe sie die bestimmteste Versicherung, daß in dieser Frage ohne belgischen Zustimmung nichts geschehen würde. Zur Sache selbst sagte Hymans, daß die belgische Regierung es nicht ablehnen würde, etwaige Verbesserungen in der Ausführung der Friedensverträge zu prüfen, daß aber Vorsicht und Wachsamkeit geboten seien. Belgien lasse sich in seinen Beziehungen zu Deutschland von dem Geiste von Locarno leiten und habe das auch durch Zurückziehung eines Teiles seiner Besatzungstruppen und durch Abschwächungen der Besatzungsmethoden bewiesen. Aber man dürfe nicht vergessen, daß die Rheinlandbesetzung den Zweck hat, die Durchführung des Friedensvertrages in bezug auf die militärische Sicherheit als auch auf die Leistung der Reparationszahlungen zu garantieren. Es sei Sache Deutschlands, das die Rheinlandräumung dringend fordere, genaue Vorschläge zu machen, die geeignet wären, diese Garantien für die Sicherheit und die Reparationszahlungen durch andere zu ersetzen. Sobald Deutschland solche Vorschläge mache, werde die belgische Regierung nicht zögern, sie im Einvernehmen mit ihren früheren Verbündeten im Geiste der Objektivität und der Gerechtigkeit zu prüfen. Besonders wichtig wären dabei die Garantien, daß Deutschland seinen Verpflichtungen in den entmilitarisierten Zonen nachkomme. Die Garantien in bezug auf die Reparationen seien insbesondere auch im Hinblick auf die Agitation in Deutschland zu der Herabminderung der Leistungen erforderlich.

Am Schluß seiner Rede forderte Hymans die Einlösung der 6 Milliarden Papiermark, die von der deutschen Besatzung in Belgien in Umlauf gebracht wurden und die heute wertlos sind. Deutschland habe eine bezügliche Verpflichtung übernommen, aber bisher nichts zu seiner Einlösung getan.

den Unternehmen verblieben sind. Dennoch sind von den deutschen Aktiengeldgebern im Jahre 1927 für das Jahr 1928 rund 800 Goldmillionen Mark Dividenden und dazu noch erhebliche Beträge an Vorzugsdividenden und Obligationenzinsen, also rund eine Goldmilliarde Gewinn ausgeschüttet worden.

Für 1927 werden zwei Milliarden Goldmark Gewinn ausgeschüttung erwartet.

Es bleibt also dabei, daß Fragen von Arbeitszeit und Lohn nicht für sich allein entschieden werden können, es ist dabei die Steigerung der Arbeitsleistung und es ist die Vermögensaufwertung der Industrie zu berücksichtigen. Diese Tatsachen geben den deutschen Unternehmern nicht das Anrecht auf Klage. Sie werden begreifen müssen, daß die Arbeiter und die Wirtschaft nicht für sich allein vorhanden sind und nicht allein ihrem Vorteile dienen.

## Der deutsche Außenhandel im Januar.

Berlin, 21. Februar. Der deutsche Außenhandel zeigt im Januar 1928 im reinen Warenverkehr einen Einfuhrüberschuß von 508 gegen 304 Millionen Reichsmark im Dezember 1927. Die Einfuhr ist um 113 Millionen Mark gestiegen. Die Zunahme erklärt sich zum beträchtlichen Teile aus den Termin-Abrechnungen im Niederlageverkehr. Auch die Einfuhr an Lebensmitteln, die in besonders umfangreichem Maße an diesem Verkehre beteiligt sind, hat sich um 83 Millionen Mark sowie ferner die Rohstoffeinfuhr um 11 und die Fertigwareneinfuhr um 18 Millionen Mark erhöht.

Die Abnahme der Ausfuhr um 91 Millionen Mark ist zum Teil auf saisonmäßige Einflüsse zurückzuführen. An dem Rückgang sind Fertigwaren mit 78, Lebensmittel mit 8 und Rohstoffe mit 5 Millionen Mark beteiligt. Trozdem liegt aber die JanuarAusfuhr nicht nur beträchtlich über der Ausfuhr im Januar der beiden Vorjahre, sondern auch noch etwas über dem Monatsdurchschnitt von 1927.

## Große Gewinne im Bergbau.

Aber die Preise sollen weiter erhöht werden.

Die sogenannte Ignatz Petschek-Grube (Brauenergrube A.G.) konnte im Jahre 1927 ihren Reingewinn mit 415 000 Mark fast verdreifachen, trotzdem die Abschreibungen von 619 000 Mark auf 808 000 Mark in die Höhe gesetzt wurden.

Wie im Vorjahre erzielen die Braunkohlengesellschaften, auch in Ostpreußen und Mitteldeutschland, Rekordgewinne. Die im Anschluß an den mitteldeutschen Braunkohlensprei erfolgte Lohnsteigerung ist im allgemeinen auf die Gewinn- und Verlustrechnung ohne wesentlichen Einfluß geblieben. Trozdem bemühen sich das mitteldeutsche und das ostpreussische Syndikat wieder einmal um Preissteigerungen. — Am kommenden Donnerstag findet in Berlin eine gemeinsame Sitzung der beiden Syndikate statt, in der über Preissteigerungsanträge Beschluß gefaßt werden soll.

Die Barneinfuhr Dänemarks betrug im Jahre 1927 — 1650 Millionen Kronen gegenüber 1620 Millionen Kronen im Vorjahre. Die Wareneinfuhr steigerte sich von 1517 Millionen Kronen auf 1550 Millionen Kronen. Der Einfuhrüberschuß ist damit auf 100 Millionen Kronen im Jahre 1927 gegenüber 100 Millionen Kronen im Vorjahre gestiegen.

Wer eine saubere fettreiche haltbare gesunde



**Vollmilch haben will**

verlange bei seinem Milchlieferanten Milch aus der **Molkereigenossenschaft Cantz**

**Zweigmolkerei Breslau, Siebenbütener Straße 77-81**

Die Viehbestände unserer Mitglieder stehen unter ständiger tierärztlicher Aufsicht.

4512



**Großer Spezial-Verkauf**

**Berufs-Kleidung**

Nur erprobte Qualitäten, trotz dieser billigen Preise!

	pa. Lebringe	pa. Herren Größen
<b>Monteur-Blusen oder -Hosen</b> pa. Haustuch	2.10	2.35
<b>Fielscher-Jacken</b> prima gestreifter Satin und Kadett	5.30	6.50
<b>Bäcker-Jacken</b> prima gestreift, Regatta	3.95	4.95
<b>Koch- u. Konditor-Jacken</b> pa. weißer Körper	4.20	4.95
<b>Kellner-Jacken</b> prima weißer Körper	3.95	4.75
<b>Friseur-Jacken</b> prima weißer Körper	3.95	4.75
<b>Packer-Jacken</b> pa gestreifter Körper, mit doppeltem Sattel		4.75
<b>Eisenbahner-Jacken</b> prima schwarzer Körper		5.75
<b>Kochhosen</b> stabile Qualität, schwarz-weiß kariert	5.25	5.95
<b>Malerkittel</b> starkfädiger Nessel	3.30	3.95
<b>Laboratoriums-Mäntel</b> starkfädiger Nessel	3.40	4.20
<b>Setzerkittel</b> bewährte Qualität		4.95
<b>Berufs- u. Staub-Mäntel</b> prima Körper, laki, grau, oliv und braun	5.95	6.75
<b>Friseur-Mäntel</b> prima weiß Körper	6.25	6.95
<b>Aerzte-Mäntel</b> bewährte Körper-Qualitäten	8.75	7.75 6.75
<b>Damen-Berufs-Mäntel</b> schwarz Satin und Leinen	5.75	3.95
<b>Damen-Berufs-Mäntel</b> prima weiß Linon u. Körper	6.95	5.50
<b>Berufs-Schürzen</b> für alle Berufe	<b>Jetzt spottbillig!</b>	

Beachten Sie das Spezialfenster am Ring Eingang!

**G. B. R. Barasch G. m. b. H.**

4545

**BRESLAUER**

Ausstellungen größten Stils der Deutschen Seiden-Webereien der Deutschen Plüsch- u. Samtwebereien der Deutschen Kunstseiden-Industrie der Breslauer Bekleidungs-Industrie

**FRÜHJAHRSGROSSE WEINBAU-AUSSTELLUNG**

11.-18. MÄRZ 11.-12. MÄRZ

Ausstellung Oderwirtschaft und Oderport

**EMU MESSE**

**Stadttheater (Opernhaus)**  
Mittwoch, 20. u. 22. u. 24. Uhr: 13. Horn- u. Postell. Seite G 4511  
Das Wunder der Heliane  
Donnerstag, 19.30 u. 22.30 Uhr: „Die Jüdin“  
Freitag, 20. u. 22. u. 24. Uhr: 13. Horn- u. Postell. Seite H. Die süßen Wälder von Sibirien

**Schauspielhaus.**  
Operettenbühne. Tel. Stephan 3688  
Täglich 20 Uhr:  
„Der Zarewitsch“  
Sonntag nachm. 15 Uhr: „Das Dreimäderlhaus“

**Lobe-Theater**  
Tel. Ring 6774.  
Täglich 20 Uhr  
Der sensationelle Erfolg  
„Der Heger“  
Kriminalroman von Roger Malton

**Thalia-Theater**  
Tel. Ring 6770.  
Täglich 20 Uhr:  
Der hübsche Selbsteisenweg!  
„Das Kamel geht durch das Kameleis“  
von Friedrich Langen 459

**Lieblich**  
Tel. Stephan 34646  
Täglich 20 Uhr:  
Die Heiteren 3. u. 4. u. 5. u. 6. u. 7. u. 8. u. 9. u. 10. u. 11. u. 12. u. 13. u. 14. u. 15. u. 16. u. 17. u. 18. u. 19. u. 20. u. 21. u. 22. u. 23. u. 24. u. 25. u. 26. u. 27. u. 28. u. 29. u. 30. u. 31. u. 32. u. 33. u. 34. u. 35. u. 36. u. 37. u. 38. u. 39. u. 40. u. 41. u. 42. u. 43. u. 44. u. 45. u. 46. u. 47. u. 48. u. 49. u. 50. u. 51. u. 52. u. 53. u. 54. u. 55. u. 56. u. 57. u. 58. u. 59. u. 60. u. 61. u. 62. u. 63. u. 64. u. 65. u. 66. u. 67. u. 68. u. 69. u. 70. u. 71. u. 72. u. 73. u. 74. u. 75. u. 76. u. 77. u. 78. u. 79. u. 80. u. 81. u. 82. u. 83. u. 84. u. 85. u. 86. u. 87. u. 88. u. 89. u. 90. u. 91. u. 92. u. 93. u. 94. u. 95. u. 96. u. 97. u. 98. u. 99. u. 100.

**Masken**  
elegant u. sauber, von 2. u. 3. u. 4. u. 5. u. 6. u. 7. u. 8. u. 9. u. 10. u. 11. u. 12. u. 13. u. 14. u. 15. u. 16. u. 17. u. 18. u. 19. u. 20. u. 21. u. 22. u. 23. u. 24. u. 25. u. 26. u. 27. u. 28. u. 29. u. 30. u. 31. u. 32. u. 33. u. 34. u. 35. u. 36. u. 37. u. 38. u. 39. u. 40. u. 41. u. 42. u. 43. u. 44. u. 45. u. 46. u. 47. u. 48. u. 49. u. 50. u. 51. u. 52. u. 53. u. 54. u. 55. u. 56. u. 57. u. 58. u. 59. u. 60. u. 61. u. 62. u. 63. u. 64. u. 65. u. 66. u. 67. u. 68. u. 69. u. 70. u. 71. u. 72. u. 73. u. 74. u. 75. u. 76. u. 77. u. 78. u. 79. u. 80. u. 81. u. 82. u. 83. u. 84. u. 85. u. 86. u. 87. u. 88. u. 89. u. 90. u. 91. u. 92. u. 93. u. 94. u. 95. u. 96. u. 97. u. 98. u. 99. u. 100.

**Möbel**  
zu billigen Preisen  
bei bequemster  
Teilzahlung  
Geplant 1935.  
Hübner  
Rochstraße 2

Die gute billige Skat-Karte 75 Pf. empfiehlt G. Kretschmer Schmiedestraße 29b

**Möbel**  
1212 Schrank  
bedient u. poliert  
per Stück 48.  
erweitert auch auf  
Teilzahlung  
Möbelhaus  
33. Gänge  
unter Schwerstraße 5,  
nahe Theater

**Arbeitsmarkt**  
Bedienungsfrau  
für einige Std. (sonntags)  
1 u. 2  
Opiz, Albrechtstraße 9 H.

**Wohnungen**  
Breslau 2, Flurstraße 4 b

**Zu mieten**  
meine Wohnung  
Kamarkt (Süde) Küche  
und Stubbe gegen eben-  
solche in Breslau. 468  
Offerte unter A 116 an  
Dr. Göttsche 11 35

**Schlofferlehrlinge**  
gesucht.  
Breslauer Gewerkschafts-Fabrik  
Pfeiffer - Breslau 10, Seidenstraße 7.

**Lehrling**  
aus gutem Hause mit leichter Auffassungsgabe, zum Eintritt für 1. April 1935 gesucht. Gründliche Ausbildung wird zugesichert.  
**Bachwaller & Luffig**  
G. m. b. H.  
Berufsanfänger  
Neuzeitstraße 51, Postal 2.

**Kleine Wohnungen**  
mit langem, gepacktem  
mattigen Boden aus der  
ersten Handwerker u. a.  
aus dem Preis. 468  
3 Zimmer und 4 Zimmer

Staatlich geprüfte Schwestern,  
Cousingenschwestern,  
Kinderpflegerinnen, Pflegerinnen,  
perfekte Köchinnen und Kochstüben  
für Breslau und auswärts in st. sofort und später  
**Arbeitsnachweisamt Breslau**  
Abteilung Krankenpflege, Janderastraße 41.  
Fernsprecher: 8150, Ring 3498.

Gebrauchte und neue Anzüge  
Konfirmations-Anzüge von 15.00 an  
**D. Juliusburger**  
Kupferschmiedestraße 31.  
Berücksichtigt unsere Interessen!

Die neue **Delta-Morvius** Zigarette

ist von heute ab in allen Spezialgeschäften verpackt zu 10 u. 25 Stk. zu haben

Breslauer Nachrichten.

Breslau, den 22. Februar 1928.

Was ich sah — was ich las — was ich hörte.

Ich sah folgendes: Vor einem Fleischergeschäft stehen ein Mann und eine Frau mit zwei Kindern.

„Man sollte sich einmal einen guten Tag machen — Fleisch kaufen!“ brummt der Mann und kramt zögernd in seinen Manteltaschen.

„Aber, Hans!“ flüstert die Frau. „Wir müssen doch die Miete bezahlen und die Kohlen. Und die Schuhe vom Karl müssen bezahlt werden. Und der Nachbarin muß ich endlich das Geld zurückgeben, das sie uns geliehen hat. Und die Gasrechnung —“

„Hör auf! Zum Teufel, hör auf!“ Die Hände in ohnmächtiger Wut zu Fäusten geballt, mit verkrüppeltem Rücken, als würde er sich unter der Peitsche eines unbarmherzigen Tyrannen, steht der Mann. Zähneknirschend, drohend hebt er die Fäuste, als wolle er das Schaufenster zertrümmern, als wolle er einbrechen, plündern, stehlen. Stiehlt wie ein vom Hunger gepeinigtes Tier, das Nahrung für sich und seine Jungen raubt. Aber langsam, schwer atmend, läßt er die Fäuste wieder sinken. Neigt ergeben den Kopf auf die Brust. Steht entmutigt, tieftaurig, hoffnungslos.

„Ja, ja — die Gasrechnung — und die Kohlen — und die Miete!“ Erschreckt, eingeschüchtert, besorgt legt die Frau ihre Hand auf seinen Arm.

„Nun, wenn du meinst, Hans, einmal könnten wir ja Fleisch kaufen — einmal nur!“

Aber der Mann will kein Fleisch mehr kaufen. Der Appetit ist ihm vergangen. Ich verstehe nicht mehr, was er zu der Frau sagt, die eifrig auf ihn einspricht. Schließlich gibt er ihr das Geld.

„Also, Rindfleisch? Ein halbes Pfund Rindfleisch mit Knochen!“ ruft die Frau glücklich und eilt in das Geschäft.

Ich las folgendes: Die Botschafter Deutschlands im Ausland sind die bestbezahlten Beamten des Staates. Sie beziehen höhere Gehälter als der Reichszentraler. Der Moskauer Botschafter, Graf Brodowski, bezieht ein Gehalt von 18.840 Mark, eine Aufwandsentschädigung von 192.852 Mark und Auslandszulagen von 2.644 Mark. Zusammen also über 230.000 Mark. Der Botschafter in Washington hat ein Gehalt von 160.000 Mark, der Londoner Botschafter Dr. Stahmer 135.000 Mark, der Botschafter in Genf in Buenos Aires 128.000 Mark, der Pariser Botschafter 126.000 Mark. Der ganze Etat des Auswärtigen Amtes beläuft sich auf 62 Millionen Mark.

Und ich hörte: Die Befolungsreform hat denen wieder gebracht, die schon haben. Den oberen Beamten sind Zulagen bewilligt, die oft viel mehr ausmachen, als ein Arbeiter oder unterer Beamter im Gehalt bekommt. Das trifft nicht nur auf die Reichs- und Staatsbeamten zu, auch die städtischen Beamten sind dabei über die Maßen gut fortgekommen. Ich gönne durchaus jedem sein Verdienst, doch sollte man eine sozialere Erhöhung der Gehälter erwirken, die vor allen Dingen den unteren Gruppen erst einmal hohel bringt, daß sie leben können. Denn sollte man nicht die Staats- und städtischen Arbeiter vergessen, denn immer trifft auch bei diesen das Sprichwort zu: Jeder Arbeiter ist seines Lohnes wert!

Die Flucht aus der Kirche. Vor uns liegen die Ziffern über die Kirchenaustritte in Breslau von 1926. Davon handelt es sich nicht in jedem Falle um einen Austritt, sondern vielfach auch um einen Religionswechsel, zum Beispiel bei Verheiratung, wo man nicht in jüdischer Gemeinschaft zusammenleben will und so den recht überflüssigen Austritt aus einer Kirche in die andere unternimmt, während andere nach Religion und Konfession nicht mehr fragen. Im vergangenen Jahre 1926 haben die evangelischen Kirchen in Breslau in 1926 durch Austritt 3680 Personen durch Konversion verloren, 589 durch Hebertritt gewonnen. Der reine Verlust beträgt 3091; die waren für die Kirche unwiderrbringlich dahin. Von den katholischen Kirchen traten 1762 Personen aus. Davon gewann durch Hebertritt 184 Seelen für den alleinigen Glauben, so daß 1578 unwiderrbringlich auf die ewige Flucht verzichteten. Dem Judentum gingen im gleichen Jahre 36 Personen durch Austritt verloren.

Interessant ist die Meinung vertreten, daß die Katholiken eine Glaubenseiferer wären als die Lutheraner. Die Auswanderer lassen so etwas nicht erkennen, vielmehr sind sie im Hinblick zur Gesamtsituation der katholischen und der evangelischen Bevölkerung in beiden Fällen annähernd gleich. Beide Konfessionen sind in Breslau im Rückgang. Bei der Volkszählung im Jahre 1910 waren 59,2 Prozent der Breslauer Einwohner katholisch, im Jahre 1925 nur noch 58,8 Prozent. Die Katholiken verminderten sich im gleichen Zeitraum von 35,8 auf 32,7 Prozent. Und die Israeliten, beide in Prozenten ausgedrückt, sind nur wenig. Die stärkste Zunahme war bei den „anderen“, d. h. bei den Freidenkern, deren Zahl sich von 17.392 auf 17.392 fast verdoppelt hat, was in Prozenten der Einwohnerzahl eine Vermehrung von 0,04 auf 0,31 gewesen ist.

In den folgenden Jahren hat dann die „Kirchenflucht“ erst in bescheidenem Umfang angenommen, über den zurzeit die verschiedenen Klagen, über den aber die amtlichen Ziffern noch nicht vorliegen. Denn es können immer weniger Leute begreifen, die zur Errichtung sogenannter Gotteshäuser 90 Millionen Ausschreibung nach Deutschland geschlossen sind, während die Bürger zur Verwertung Auslandskredite für menschliche Wohnungen für unbrauchbar erklärt hat, weshalb die Genehmigung dazu nicht erteilt wird und daß man sich wegen Kirchensteuer plündern lassen muß, nur damit immer mehr Kirchen und Pfarrhäuser gebaut werden können. Je weniger Besucher, desto mehr Kirchen, das ist der charakteristische Stand dieser Frage.

Vom Städtischen Säuglingsheim zum Kinderhort.

Einen der kleinsten Erdenbürger im Säuglingsheim zu beobachten gestaltet sich schwieriger als ein Besuch beim Papst. Die werden dort gehütet und gepflegt wie ein Juwel. Man staunt und sieht und denkt, ach hätten es doch alle Kinder so. Steigt man bei der Freiheitsbrücke die Stufen herunter, so glaubt man, umgeben von niedrigen Häusern, in einer Kleinstadt zu sein, bis am Ende der Schulgasse ein Monumentalbau sich prägt in den Weg stellt. Was will dieses Riesengebäude inmitten der kleinen Häuser? Eine Inschrift am Säulenportal befehlt uns über den Zweck des Hauses. Vom Hofortner ins Büro verwiesen, werden wir dem Primärarzt vorgeführt. Dr. Freund muß ein großer Kinderfreund sein, aus den vielen Bildern in seinem Zimmer spricht die Liebe zu den Kleinen. Säuglingssterblichkeit ist ein gefürchtetes Wort für den Volkswirtschaftler. Die Säuglingssterblichkeit war in Breslau besonders groß. Am meisten wurden natürlich die unehelichen Säuglinge dahingerafft. Konnte und kann es denn anders sein? Ungeachtet der herrschenden Moral mußte die unehelich werdende Mutter immer mit Angst darauf bedacht sein, ihren Zustand bis zum letzten Augenblick zu verbergen. Bis zur letzten Minute stand sie im Arbeitsprozess. Früh- und Fehlgeburten sind die Folgen. Krank, den Todeskeim in der Brust tragend, kommt so ein Kind zur Welt, um mit einem Seufzer dieses Jammertal wieder zu verlassen. Eine Mutter soll heilig sein den Mitmenschen, aber man hält es wie die Pharisäer, man stemptet jede uneheliche Mutter zur Dirne und jagte sie aus dem Dienst. Die „Gräßliche“ die Nase rümpfend: „Nein, so eine“ kann ich nicht gebrauchen, stieß Mutter und Kind ins Elend. Das Kind kam in Pflege, meistens zu jener Sorte von Leuten, die der Volksgemeinde treffend mit dem Wort „Engelmacherin“ bezeichnet. Diesen Frauen kam es meistens nur auf das Kostgeld an, das naturgemäß von so einer armen Mutter nicht gerade üppig war. Da mußte es die Mäse bringen. Über diesen „Pflegeltern“ kann man auch keinen Vorwurf machen. Einzig und allein schuld ist die herrschende göttliche Weltordnung. Die Säuglingssterblichkeit in Breslau wurde immer bedrohlicher. Es mußte dagegen ein Damm errichtet werden. Die Fürsorge soll nicht erst beim Erwachsenen einziehen. Unsere Zukunft liegt in einer gesunden nachfolgenden Generation. Die Ausgaben für die Säuglingspflege machen sich für eine Stadt und für ein Volk bezahlt. Anlässlich eines Jahresgeburtstages zerschanden sich auch die Väter unserer Stadt den Kopf, was man dem verstorbenen Wilhelm zur Silberhochzeit und Jubiläum schenken sollte. Da hatte jemand den wackelhaft geniale Gedanken, ein Heim für die Säuglinge zu schaffen. Man hielt es nur einmal ein vernünftiger Gedanke, gepriesen sollen die damaligen Väter der Stadt sein, daß es nicht bloß bei dem Gedanken blieb, sondern wirklich etwas Großes und Muttergütiges geschaffen wurde. Trotzdem das Heim nun schon 20 Jahre besteht, macht es einen sehr modernen Eindruck. Not, die Farbe des Lebens, leuchtet durch das ganze Treppenhäuser. Alles blendend sauber, man wagt kaum richtig aufzutreten. Da kommt man zuerst in die Milchküchen. Die Flaschenmilch sowie die Saugflasche kommt mit Menschenhänden überhaupt nicht in Berührung. Maschinell werden die Flaschen gereinigt, gespült und gefüllt. Das laufende Band spielt bei dieser Arbeit eine große Rolle. Sterilisationsapparate vernichten jeden dem Säugling schädlichen Keim. Unnötig zu sagen, daß die Milch von ausgezeichneter Weisheit sein muß. Durch Erfahrungen weiß man, welche Heilwirkung ultraviolette Strahlen auf die Krankheit ausübt. Nun hofft man durch Bestrahlung der Milch mit ultravioletten Strahlen die englische Krankheit (Rhachitis) auszurotten. Es wäre ein unerhörtes Glück für ein Volk, wenn es tatsächlich gelänge, dieser Krankheit der Kleinkinder mit ihren gefährlichen Folgen Herr zu werden. 160 Schreihähne beherbergt das Haus, für die mit derartiger Sorgfältigkeit die Nahrung hergestellert wird. Da liegen sie nun in ihren Betten. Zwölf in einem Raum, geholt von Pflegerinnen, wie es sich keine Mutter besser wünschen könnte. Schwächlich entwickelte Kinder oder Kranke kommen in eine Art Glaszellen (Boxen), wo sie dauernd warmsgehalten werden, ganz wie im Brutapparat. Wie ein Edelstein so kostbar liegt das kleine Wesen hinter den Glaswänden. Der Besucher selbst ist von dem Raum mit den Glaszellen wieder durch eine Glaswand geschieden. Er sieht nur das Pflegepersonal mit einer Art Schutzmaske vor dem Gesicht und mit einer Behutsamkeit ohnegleichen zwischen den einzelnen Boxen hantieren. Hier werden die Kinder im wahren Sinne des

Wortes in Watte verpackt in den Glasstrahl gestellt. O du verirrte Weltordnung, so möchte man ausrufen. Erst schützt man das Kindlein vor dem kleinsten Bazillus, um es später im Kampf ums Dasein erbarmungslos niederzutrampelein oder als Kanonenfutter zu gebrauchen. Besonders angenehm berührte die gleichmäßige Verteilung des Pfleges- und Wirtschaftspersonals, die in anderen Krankenhäusern Breslaus noch manchen Wunsch offen läßt. In den Dienst der Pflege teilen sich fünf Oberschwwestern und etwa achtzig Schwestern, Lehrschwwestern und Schülerrinnen der Säuglingspflegeschule. Alle stehen unter der Leitung der Oberin Kl. Hanke. Den ärztlichen Dienst versehen ein Primärarzt (Dr. Walter Freund), ein Sekundärarzt und vier bis sechs Assistenten, denen noch einige freiwillige Hilfsärzte und Assistenten zur Seite stehen. Alle Halbjahre, März und September, finden Prüfungen der Säuglingspflegeschule statt. Siebenundzwanzig Bewerberinnen bestanden die Prüfung, davon acht mit sehr gut, fünfzehn mit gut und vier mit genügend. Im Berichtsjahre wurden 1089 Säuglinge eingeliefert. Von diesen waren 132 Neugeborene, die als Brustkinder mit ihren obdachlosen Müttern aufgenommen wurden. (Eine treffliche Illustration zu den Notzuständen des Volkes.) 132 Mütter waren obdachlos. Gibt es eine schärfere Auflage? Die übrigen Kinder wurden in überwiegender Mehrzahl krankheitshalber aufgenommen. Im Laufe eines Jahres starben 186 Kinder. Am ersten Tage nach der Aufnahme 32, am zweiten Tage 19, am dritten Tage 16, also im ganzen 67 oder 36 Prozent in den ersten drei Tagen nach der Geburt in mehr oder minder hoffnungslosem Zustande erfolgten Aufnahme. Die restlichen 109 Todesfälle verteilten sich auf 1022 Aufgenommene. Die Sterblichkeit beträgt also 10 1/2 Prozent. Das ist ein sehr günstiger Satz, die niedrigste Säuglingssterblichkeit bei allen Geborenen, also auch den ganz Gesunden, geht nie unter 7 Prozent. Die Kinder blieben durchschnittlich 53 Tage in der Anstalt. Täglicher Bestand durchschnittlich 160 Säuglinge.

Daneben besteht aber noch eine Kinderpoliklinik. Nicht weniger als 17.749 Säuglinge und Kleinkinder wurden hier in einem Jahr behandelt und betreut. In diesen Zahlen sieht man die ungeheure wichtige Bedeutung des Säuglingsheims als Damm gegen die Säuglingssterblichkeit. Daneben tragen auch beratende Kurse, Schulunterricht in der Säuglingspflege und die in allen Stadtteilen bestehenden Milchküchen und Mütterberatungsstellen dazu bei. Der Erfolg blieb nicht aus. Augenblicklich kann sich jedermann in Breslau in der Ausbreitung „Deutschland — Oesterreich“ an den Tabellen von der Arbeit der Säuglingsfürsorge überzeugen. Jahr für Jahr nahm die Säuglingssterblichkeit ab. Während der Kriegsjahre und der Inflationszeit (1922/23) nahm sie wieder einen gefährlichen Umfang an. Trotzdem ist die Säuglingssterblichkeit, man vertritt darunter die Sterblichkeit im ersten Lebensjahr, in Breslau noch sehr bedeutend, kann absolut keinen Vergleich mit Wien aushalten. Dort hat man eine Kleinkinderfürsorge getroffen, die wirklich das Erkennen der ganzen Kulturwelt hervorruft; unter der richtigen Voraussetzung: eine gesunde Jugend gibt ein gesundes Volk.

Nun ein paar Worte über den Kinderhort neben dem Säuglingsheim und unter derselben ärztlichen Aufsicht. Dorthin kommen die Kinder, wenn die Familienverhältnisse nicht in Ordnung sind, sei es durch Krankheit, Tod oder sonst einen Zustand, der vorübergehende Unterbringung der Kinder notwendig macht. Das Gebäude macht gerade keinen guten Eindruck, es ist eben ein altes Haus mit Allerheiligen. Schließlich kommt es ja nicht auf das äußere Aussehen an sondern auf Geist, Behandlung und Sauberkeit im Hause. Die Kinder hatten alle einen freien, offenen Blick, nicht so einen gedrückten, scheuen, ängstlichen, wie man ihn sonst bei vielen Anstaltskindern findet. Es scheint also den Kindern im Kinderhort nicht schlecht zu gehen, doch war es mir unmöglich, die Kinder allein zu befragen. Es befehlte der Meinung immer ein trauriges Gefühl. Kinder in einer Anstalt zu sehen. Würden die Kinder im Kinderhort die Bilder der Kinderübernahmestelle der Stadt Wien sehen, könnten sie rufen: Wien, du Stadt meiner Träume. Nun, wir wollen sorgen, daß auch Breslau eine rote Mehrheit bekommt, die den Ehrgeiz hat, daß Wien, die Stadt unserer Träume, mit ihren imposanten sozialen Einrichtungen nicht mehr allein steht. Darum auch in den Kampf für eine gesunde Jugend unter dem roten Banner.

Temperamentvolle Kläger vor dem Arbeitsgericht.

Drei von der Jazzband spielten in einem Lokal vor den Türen unserer Stadt zum Tanze auf. Der wenig harmonischen Musik ihres Orchesters entsprach auch das disharmonische Verhalten der drei Kollegen untereinander. Das Zusammenpiel, die Grundvoraussetzung, wollte nicht so recht klappen, bis es eines Tages zu einem, selbst für eine Jazzband ungewöhnlichen Lärm im Orchester kam: Prügelei auf offener Szene. Jazzband hatte ausgespielt. Das „Orchester“ wurde fröhlich entlassen.

In den nächsten Räumen vor dem Arbeitsgericht fand man sich wieder zusammen, wollte wieder gemeinsam zum Tanze aufspielen oder doch zu mindesten ein von dem Gerichtshofbesitzer zu zahlendes Schmerzensgeld in der Höhe eines Monatsgehältes für den Hinauswurf haben. Die Hauptpersonen des Tanzarrangements treten als Zeugen auf. Da ist der Tanzmeister, um den sich alles dreht — auch hier vor dem Arbeitsgericht, denn er hat als Mittler zwischen Publikum und Kapelle, die Beschwerden der Gäste oder das Verhalten der drei Beklagten vorzubringen. Da ist der sehr „gewichtige“ Partier, der nicht nur ausstufweise auch mal, ohne die geringste Ahnung von Musik und Takt zu haben, die Trommel schlug, und der die prügelnden Musiker wieder auseinanderzubringen hatte. Da die Beweisaufnahme das einseitige Verschulden der Kläger feststellte, wurden die drei von der Jazzband kostenpflichtig abgemiefen. Sie werden hoffentlich die Lehre mit heimgenommen haben, daß auch eine Jazzband nicht allzuträglich in Dur spielen darf.

Sald darauf tritt ein Kunstmalers

vor die Schranken. Auch er fordert erregt sein Recht. Sollte in einer Wohnung ein Zimmer künstlerisch ausmalen, hatte Proben angefertigt. Schon mit Vorarbeiten begonnen und — natürlich auch den Voranschlag für die Ausführung gemacht. Dieser aber war für den Bauunternehmer zu hoch, und da der Kunstmalers — schon seiner Künstlerlehre wegen — auf die Höhe des geforderten Künstlerhonorars bestand, wurde der Auftrag zurückgezogen. Damit aber war der Kunstmalers ebenfalls nicht einverstanden, und er klagte nun vor dem Arbeitsgericht — auch Künstler finden heute den Weg hierher — um eine Entschädigung für geleistete Vorarbeiten in der Höhe von 73 Mark. Bei der Verhandlung gab es lebhaftes Auseinandergehen zwischen Bauunternehmer und dem in seiner Ehre gekränkten und an seinem Geldbeutel geschädigten Kunstmalers. Aber er wurde mit seiner Klage kostenpflichtig abgemiefen, da solche Vorarbeiten nach ständiger Uebung ohne besondere Entschädigung geleistet werden. Auch die Unterthanen aus Preußens Reich der Diktatur nehmen die Einrichtung eines preussischen Arbeitsgerichts in Anspruch, und eine freitaktige Italienerin

Der Winter kam und nun wollte K. seine Landsmännin mit Fahrgeld, Paß und Reiseplan versehen, wieder in ihre Heimat zurückzuführen. Die Klägerin aber wollte davon nichts wissen, auch Breslau ist schön und — Italien, na, das merdet heute eben ein Arbeiter nach Möglichkeit. Das so freigeigebene Fahrgeld aber war kein Geschenk, sondern rechtlicher Gehaltsanspruch, den der Chef nach ihrer beharrlichen Weigerung, abzufahren, nicht ausbezahlte, und um den sie jetzt vor dem Arbeitsgericht Klage führte. Schon der schwierigen Verhandlung halber, waren mehrere Termine notwendig, ja selbst der italienische Konsul, der seinerzeit die eventuelle Abreise sozusagen als Privatgericht im Vergleichsweg festlegte, sollte als Zeuge erscheinen, entzog sich aber durch einen Schriftsatz der erwartungsvollen Neugier der Anwesenden. Oftmals kam es bei den Verhandlungen zu erregten Szenen, denn es gibt unter Landsleuten in der Fremde nicht nur Klassengegensätze, sondern auch andere Beziehungen.

Das Gericht jedoch hielt nach längerer Beratung den Vergleich beim Konsul für richtig und verurteilte den Beklagten zur Zahlung von 60 Mark, da 40 Mark für Sozialbeiträge noch in Abzug von der Klage Summe zu bringen waren. Noch einmal gab es eine lebhaftige Szene, als die Klägerin, die in dem Glauben, hier ihr Geld ausbezahlt zu erhalten, den Beklagten nicht fortgehen lassen wollte.

Kinder-Republik Seelamp im Film.

Es war ein guter Gedanke, dieses vierwöchentliche große Kindererlebnis im vergangenen Sommer im Film aufzufangen, und nachher all den vielen Dabeisitzenden ein wenig von der Art wie man dort zusammen war, zu erzählen. Auf einem Elternfest der hiesigen Arbeiterkindervereine wurde auch hier dieser Film gezeigt. Einleitende Worte einer Genossin schilberten kurz die Vorgeschichte dieser Republik. Ein rein äußerer Moment gab die Veranstaltung. Die Braunschweiger Kinderfreunde erfuhren von einem Verkauf englischer Zelte. Kauch war die Verbindung mit dem Reichsausschuß hergestellt und bald waren die Zelte angekauft. Nach einigen Schwierigkeiten, das Gelände für die Aufstellung dieser Zelte zu finden, kam dann jenes Werk zustande, das uns einen so schönen Beweis des solidarischen Verhaltens und der gemeinsamen freudigen Mitarbeit der Kleinen und somit Zukunftshoffnung gab. Gerade diese Momente sind im Film gut festgehalten worden, wie wir neben dem eigentlichen Ablauf des wörtlichen Zusammenlebens immer den wahren Sinn dieses Treffens herausgestellt finden. In vier Teilen ist das fröhliche Leben und Treiben wie auch schon großes Verständnis der Kinder für eine solidarische Gemeinschaft wiedergegeben. Lager- und Strandleben, die Speisung der Zweitausend, ihre Geleitzugung und Verwallung, sogar eine ihrer Parlamentsreden zeigt der Film. Die Regie verstand all diese Szenen mit dem sonnigen Humor zu umkleiden, so daß diese Bilder nicht nur für die Kinder zu einem fester langanhaltenden Festleben werden. Das Kinderpublikum, viele hundert Kinder waren nachmittags und abends dabei, aber laßt vor Begeisterung. Ach, wer da einmal mit dabei sein könnte. Schon damit ist der Zweck dieses Filmes, der auch in

Forman gegen Schnupfen Wirkung frappant!



# Betriebsrätewahlen bei der Reichsbahn.

Am 25. Februar findet die Neuwahl der Betriebsräte bei der Reichsbahn im ganzen Reiche statt. In diesem Jahre haben die Betriebsrätewahlen bei der Reichsbahn ganz besondere Bedeutung. Die deutsche Arbeitererschaft erwartet von den bevorstehenden Reichstagswahlen eine Umgestaltung der politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse zu ihren Gunsten. Neben den politischen Kämpfen hat die Arbeitererschaft in diesem Jahre den großen wirtschaftlichen Kämpfe auszufechten; auch große wirtschaftliche Kämpfe auszufechten; ganz besonders auch die Eisenbahner. Der Vorstand des Einheitsverbandes der Eisenbahner Deutschlands hat bereits Beschlüsse, den Lohnsatz zum 31. März zu kündigen. Die Reichsbahn-Gesellschaft, die schon immer einer Erhöhung der Löhne hartnäckigen Widerstand geleistet hat, versucht auch jetzt schon wieder, gegen die dringend notwendige Erhöhung des Einkommens der Eisenbahnarbeiter Stimmung zu machen. Demnächst haben also ca. 400 000 Eisenbahnarbeiter einen harten Kampf um die Erhöhung ihrer Löhne und Verbesserung ihrer Arbeitsbedingungen zu führen. Dazu kommt als Aufschlag eine vorzeitige Neuwahl der Betriebsräte.

Durch das ungeschickliche Vorgehen des deutschnationalen Reichsverkehrsministers Dr. Koch und die Gemalmethoden der Deutschen Reichsbahn-Gesellschaft finden die Wahlen in diesem Jahre bekanntlich drei Monate früher statt als in den Vorjahren. Der Wahlkampf ist durch das Vorgehen der genannten Stellen, das auf Antrag der christlichen und kirchlichen Dunderschen Eisenbahnerorganisationen erfolgt ist, auf außerordentlich verzögert worden. Der Einheitsverband der Eisenbahner Deutschlands, der von vornherein das ungeschickliche Vorgehen bekämpft und sowohl den Reichsverkehrsminister wie den Reichsarbeitsminister auf die Folgen aufmerksam gemacht hat, sieht dem Wahltag mit Ruhe entgegen. Er kann dies um so mehr, als das Berliner Arbeitsgericht bereits am 17. Januar d. J. die Rechtsauffassung des Einheitsverbandes bestätigt und in der Begründung der Entscheidung ausdrücklich festgestellt ist, daß die Verlegung der Wahlzeit ungeschicklich ist und durch die Verordnung des Reichsverkehrsministers die Rechtssicherheit gefährdet wird.

Die Reichsbahn-Gesellschaft hat gegen die Entscheidung des Berliner Arbeitsgerichts Rechtsbeschwerden eingelegt, die jedoch nach Lage der Sache kaum Erfolg haben dürfte. Wie dem auch sei, der von den Schwarz-Blauen ohne Not provozierte Streit kann für die Arbeitererschaft große Nachteile bringen. Die nachteiligen Wirkungen können nur dadurch herabgemindert oder verhütet werden, wenn die endgültige Entscheidung des Reichsarbeitsgerichts beschleunigt wird. Der Einheitsverband der Eisenbahner Deutschlands ist in diesem Sinne tätig. An einer Verzögerung der Angelegenheit hat nur die Reichsbahn-Gesellschaft ein Interesse. Der Einheitsverband und seine Funktionäre werden dafür sorgen, daß die Schwarz-Blauen am 25. Februar die Quittung für ihre Schädigung der Arbeiterinteressen erhalten. Der Wahlrechtsraub an den Zeitarbeitern soll ihnen untergehen bleiben. Die Eisenbahner werden ihnen und ihren Verbündeten die Antwort nicht schuldig bleiben und sich in ihrer überwältigenden Mehrheit für den Einheitsverband der Eisenbahner Deutschlands entscheiden.

In letzter Stunde ergeht deshalb der dringende Appell an alle fortschrittlich gesinnten Eisenbahner, den Listen des Einheitsverbandes zum Siege zu verhelfen. Auf jede Stimme kommt es an!

## Lohnbewegung bei der Reichspost.

Die erweiterte Reichsleitung der Allgemeinen Deutschen Postgewerkschaft, die dem Deutschen Verkehrsbund angegliedert ist, beschloß dieser Tage, die Bestimmungen für den Lohn und die Arbeitszeit des Tarifvertrages mit Wirkung vom 31. März zu kündigen. Dem Beschluß ging ein umfassender Bericht über die Entwicklung und die Tätigkeit der Organisation im letzten Halbjahr voraus, den der Reichsleiter, Reichstagsabgeordneter Bender (Soz.) erstattete. Bender besprach dabei eingehend das Beamtenbesoldungsgesetz und seine Auswirkung auf die wirtschaftliche und soziale Lage der unteren und mittleren Besoldungsgruppen und nahm dann wie Verhältnisse der Lohnempfänger der Deutschen Reichspost gründlich unter die Lupe. Mit schärfstem Nachdruck forderte er erhebliche Lohnerhöhung und Verkürzung der Arbeitszeit. Die Ausführungen Benders fanden ihren Niederschlag in drei einstimmig angenommenen Entschließungen zum Lohn- und Arbeitszeitproblem, zur Besoldung und zur Frage des Berufsbeamtentums.

In der Lohnfrage ist infolge der Haltung der Bürgerblockparteien und ihrer Reichsregierung im letzten Jahre ein zweiseitiges Abkommen unmöglich gemacht worden. Die Forderungen der ADP. gehen jetzt dahin, ab 1. April 1928 die Tariflöhne so zu erhöhen, daß mindestens die Reallohn des Jahres 1914 erreicht werden. Ferner wird eine ausreichende Erhöhung aller tariflichen Nebenbezüge gefordert. Der Achtstundentag, bzw. die 48-Stundenwoche, muß ohne materielle Benachteiligung der Arbeiter durchgeführt und tariflich anerkannt werden.

Das neue Besoldungsgesetz und die Besoldungsordnung tragen beide den ausgesprochenen Klassencharakter der Vorkriegszeit. Auch nach der Verabschiedung dieses „Reformwerkes“ wird die Not der unteren und mittleren Beamtenerschaft nicht beseitigt. Von einer gerechten Bewertung der Leistungen der Beamten der Deutschen Reichspost ist in dem Gesetz und in der Besoldungsordnung nichts zu erkennen; die Behandlung der außerplanmäßigen Beamten fordert zu schärfstem Protest heraus.

Die Feindschaft der Regierungsparteien des Reichstags gegen das Berufsbeamtentum ist aus der Einfügung der §§ 40 bis 43 in das neue Besoldungsgesetz klar ersichtlich. Diese Bestimmungen, wonach ab 1. April 1928 — vorläufig auf fünf Jahre — jede dritte freierwerbende planmäßige Beamtenstelle nicht wieder besetzt werden darf, bedeutet den Anfang eines systematischen Abbaues des Berufsbeamtentums. Die Verdrängung von Beamtenstellen bei der Deutschen Reichspost liegt aber ebenso wenig im Interesse der Post- und Telegraphenbeamten wie im Interesse der Lohnempfänger, für welche die Aussicht, in das Beamtenverhältnis übernommen zu werden, noch mehr wie bisher vermindert wird.

Werden die Arbeitnehmer bei der Deutschen Reichspost den Ernst der Situation erkennen und die entsprechenden Konsequenzen ziehen? Die erweiterte Reichsleitung der ADP. ist sich darüber im Klaren, daß ihre Forderungen zur Lohn- und Arbeitszeitfrage nur dann mit Erfolg vertreten werden können, wenn die Kampffront der Lohnempfänger der Post lückenlos und die Führung des Kampfes vom Vertrauen aller Lohnempfänger getragen wird. Die Lohnempfänger der Post haben deshalb die Pflicht, jetzt die Zeit zu nützen und durch rasches und zahlreiches Beitritt zur Allgemeinen Deutschen Postgewerkschaft die Kampffront zu stärken und zu schließen. An den Postbeamten ist es, aus dem Verlangen der neutralen Beamtenverbände die Konsequenzen zu ziehen; denn nur eine stark gewerkschaftlich organisierte Beamtenschaft ist in der Lage, die Grundlage für ein wirklich gerechtes Besoldungswerk zu schaffen. In der Berufsbeamtentumsfrage hat das gesamte Personal der Post das größte Interesse daran, daß die berückichtigten §§ 40 bis 43 des Besoldungsgesetzes wieder verschwinden. Sie werden verschwinden, wenn alle Beamten, Angestellten und Arbeiter bei der kommenden Reichstagswahl wissen, was sie zu tun haben.

## Welcher Erwerbslose hat Pflichtarbeit zu leisten?

In Arbeitslosenkreisen mehren sich in der letzten Zeit die Klagen über ungerechtfertigten Zwang zur Pflichtarbeit. Ueber die Pflichtarbeitsbestimmungen herrscht anscheinend noch immer viel Unklarheit. Pflichtarbeit, die eine unbezahlte Gegenleistung für die Unterstützung darstellt, darf nur noch für Jugendliche unter 21 Jahren und für Kriegsunterstützte, nicht aber für erwachsene Empfänger der Arbeitslosenunterstützung über 21 Jahre in Frage kommen. Pflichtarbeit kann nur durchgeführt werden, wenn der Verwaltungsausschuß des Arbeitsamtes einen dahingehenden Beschluß mit Zweidrittelmehrheit gefaßt hat. Die Gemeinden sind nicht berechtigt, von sich aus Pflichtarbeit zu verlangen, wenn kein entsprechender Beschluß des Verwaltungsausschusses vorliegt.

## Die Lohnstreitigkeiten in der englischen Baumwollindustrie.

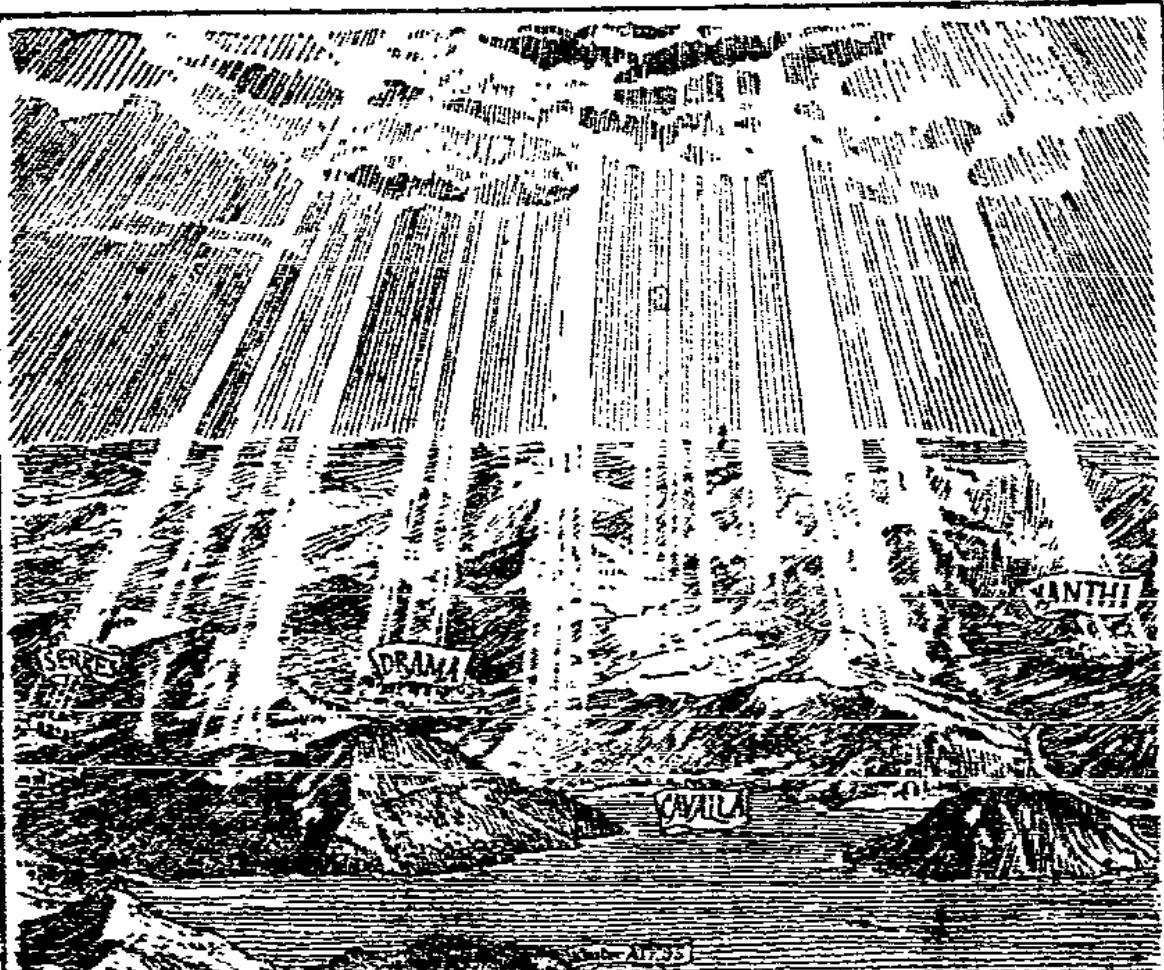
London, 21. Februar. Die Konferenz zwischen Unternehmern und Gewerkschaftsverbänden der Baumwollindustrie in Manchester, die der Behebung der Lohnkrise dienen soll, wurde bis nächsten Montag vertagt. Der Vollzugsausschuß der Verbände wird bis dahin den Vorschlag der Unternehmer untersuchen, einen Ausschuß zur Erörterung der Frage einer Verminderung der Produktionskosten zu ernennen.

## Stillegung zweier Bergwerksbetriebe in England.

London, 21. Februar. Infolge einer Betriebsstörung einer Zeche und Kündigungen in einem anderen Schacht sind im Bezirk Mansfield (Nottinghamshire) weitere 4000 Bergarbeiter erwerbslos geworden.

## Gebt Eure Anzeigen der Volkswacht.

# SONNNE AUF MACEDONIEN



Im Westen die Halbinsel mit dem Berge Athos, der berühmten Niederlassung der griechischen Mönche, im Osten das Tal des Flusses Nestos, der ein tabakgeeignetes Gebiet durchströmt und auch auf dem anderen Ufer streng genommen in Thracien und nicht mehr in Macedonien-einen künstlichen Tabak wachsen lässt. Das ist für den Fachmann das Herkunftsland des echten macedonischen Tabaks, auch wenn es mit dem geschichtlichen Begriff Macedonien nicht ganz übereinstimmt.

Distrikte wie SERRES, DRAMA, CAVALLA und XANTHI sind dort mindestens ebenso berühmt wie bei uns in Deutschland die besten Lagen eines edlen Weins. Dennoch genügt es für den Laien, sich die Namen CAVALLA und XANTHI zu merken, denn sie sind nicht nur Mittelpunkte für den Tabak-Handel, sondern auch Qualitätsbegriffe, wie Rhein- und Mosel-Wein.

Und noch ein Zweites muss sich der Raucher merken, der sich Fachkenntnis erwerben will. Wir haben als Fachleute und als Verfehrer des

Macedonen-Tabaks seine Eigenschaften geschildert und die macedonische Zigarette als die beste bezeichnet. Dennoch bestehen unsere Zigaretten nicht zu 100 Prozent aus macedonischem Tabak. Das würde garnicht schmecken, denn eine Zigarettenmischung ist wie eine Speise, die aus Grundstoff und Zutaten besteht.

Wir verwenden als Zutaten ca. 20 bis 25 % bester Samsoun- und Smyrna-Tabake, die zwar in ihren Charaktereigenschaften vollkommen von dem Macedonen-Tabak abweichen, die aber ebenso wie dieser aus Ländern alter und edler Tabak-Kultur stammen. Die Mischungsbasis gibt der Zigarette ihren Charakter, nach ihr wird sie benannt.

Bei HAUS-NEUERBURG-Zigaretten ist diese Mischungsbasis macedonisch, und zwar nicht nur bei den teuren Sorten, sondern auch bei der 5 Pf.-Zigarette



Haus-Neuerburg  
O.H.G.





## Der Dampferzusammenstoß bei Tchingiang.

Zum Zusammenstoß des chinesischen Dampfers „Hiantaming“ mit dem japanischen Dampfer „Mitsumaru“ berichtet der Kapitän der „Mitsumaru“, daß dieses flufabwärts fuhr, als plötzlich die „Hiantaming“ verfuhr, den Weg seines Schiffes zu kreuzen. Dieses habe die „Hiantaming“ unter der Wasserlinie durchbohrt. Die 560 Passagiere der beiden Dampfer wurden von einer Panik ergriffen. Einige sprangen ins Wasser, aber die Mehrzahl, etwa 3 bis 400 Personen, sei mit dem sinkenden Dampfer untergegangen. Die „Mitsumaru“ und einige Dschunken nahmen etwa 100 Passagiere auf, von denen viele indessen infolge der Kälte und des langen Aufenthalts im Wasser starben.

## Ein fürchtbares Grubenunglück

ereignete sich auf den Kohlegruben bei Pittsburg (Vereinigte Staaten). Durch eine Explosion wurde ein großer Teil der Gruben verschüttet. 40 Arbeiter wurden dadurch von der Außenwelt abgeschlossen. Die Hilfsarbeiten sind überaus schwierig; es ist fraglich, ob den Eingeschlossenen noch Hilfe gebracht werden kann. Die Explosion hatte auch eine Feuersbrunst im Gefolge. Sie machte den Zutritt zur Unglücksstelle besonders gefährlich.

## Die Ueberschwemmungen in Australien.

Die großen Ueberschwemmungen in Südastralien haben im südlichen Teil von Neu-Süd Wales und Queensland im ganzen 14 Todesopfer gefordert. Im Landwirtschaftsministerium wird erklärt, daß durch die Ueberschwemmung eine Verbesserung des Ackerbodens eingetreten sei, der vorher unter der Dürre gelitten hat.

## Schwere Havarie eines deutschen Dampfers.

Der auf der Fahrt von Hamburg nach Vigo befindliche Doppelschrauben-Schnelldampfer „Antonio Delgado“ der Hamburg-Südamerikalinie ist am Dienstag um Mitternacht auf der Höhe von Cap Finisterre mit einem französischen Dampfer zusammengestoßen. Das Schiff, dessen Wand zwei Meter über der Wasserlinie eingedrückt wurde, konnte noch seine Fahrt nach Vigo fortsetzen.

## Der Kölner Karneval

In diesem Jahr wieder völlig im Friedensmaßstab gefeiert worden. Schon am Sonntag nachmittag begann das lustige Treiben. Unzählige Masken in den seltsamsten und phantastischsten Kostümen, die sich immer wieder zu kleineren und größeren Trupps zusammenschließen, beleben die Straßen des alten Kölns. Bis tief in die Nacht hinein, ja bis zum frühen Morgen waren Straßen und Gassen vom Lärm und Jubel der Narren erfüllt. Am tollsten ging es am Montag zu. Aus der nächtlichen und auch aus der weiten Umgebung, selbst aus Essen und anderen Ruhrstädten, aus Düsseldorf, Elberfeld, Barmen, Mönchengladbach, Koblenz, Trier und Aachen brachten Eisenbahn, Autos, Straßenbahn und Autobusse Hunderttausende von Menschen in die rheinische Metropole. In Köln selbst waren etwa drei Viertel der Bevölkerung auf den Beinen. Mehr als eine Million Menschen bildeten in den engen Straßen dichtgedrängt Spalier. An den Fenstern der Häuser, in den Schaufenstern der großen Geschäfte und Wirtschaften standen die Menschen Kopf an Kopf. Bis zu 200 Mark wurden für das Fenster bezahlt. Selbst auf den Dächern hatten sich Schimmelbühnen Aussichtspunkte gesucht, und an Straßenlaternen und Bauwerkstätten hingen die gewandten „Köllchen Jungens“ wie die Straußen.

Schon von 12 Uhr ab war in den Straßen, die der Zug berührte, kaum noch durchzukommen. Auf dem großen Neumarkt inmitten des alten Köln fuhren die prachtvollen, nach der Idee „Die Presse im Dienste des Karnevals“ mit viel Geschmack dekorierten Festwagen auf. Dazu kamen viele Gruppen zu Fuß und zu Pferd, die von den zahlreichsten Karnevalsvereinen bestellt wurden. Die blau-weißen Funten, die Kölner Artilleristen aus dem Mittelalter, eröffneten den Zug. Dann kam ein merkwürdiges Gefährt. Auf einem riesengroßen Esel lag ein Schalksnarr und brütete aus dem Ei das bekannte P, das Abzeichen der Presse. Dann zogen rheinische Hausfrauen, von Männern dargestellt, einen Hausfrauenwagen, auf dem, in der Hand den großen Besen, eine sehr korpulente Hausfrau thronete. Dann kam der Wagen der Sirendakteure — ein kleines Böttchen, den Mund mit Schlössern verschlossen, neben sich Bedienten, Staatsanwälte und dahinter den Scharfrichter. Wagen auf Wagen folgten, dazwischen immer wieder bunt illuminierte Gruppen, bis die Revolverpresse an die Reihe kam. Eine große Glode war das Zeichen des Wagens. Geschwähige Frauen begleiteten ihn, und ein großer Revolver deutete die Hinterhältigkeit und Heimtücke dieser Presse an. Selbst die berühmte Zerkow und die Zeitung-Ente waren auf dem Festwagen verortet. Prinz Karneval thronete auf dem Prinzenwagen; huldvoll streute er nach allen Seiten Handflüsse und Blumen aus.

Drei Stunden lang zog dieser lustige, ausgelassene Karneval durch Köln — eine glanzvolle Auferstehung des Kölner Karnevals, der nicht totzukriegen ist.

## Karnevalszug in Düsseldorf.

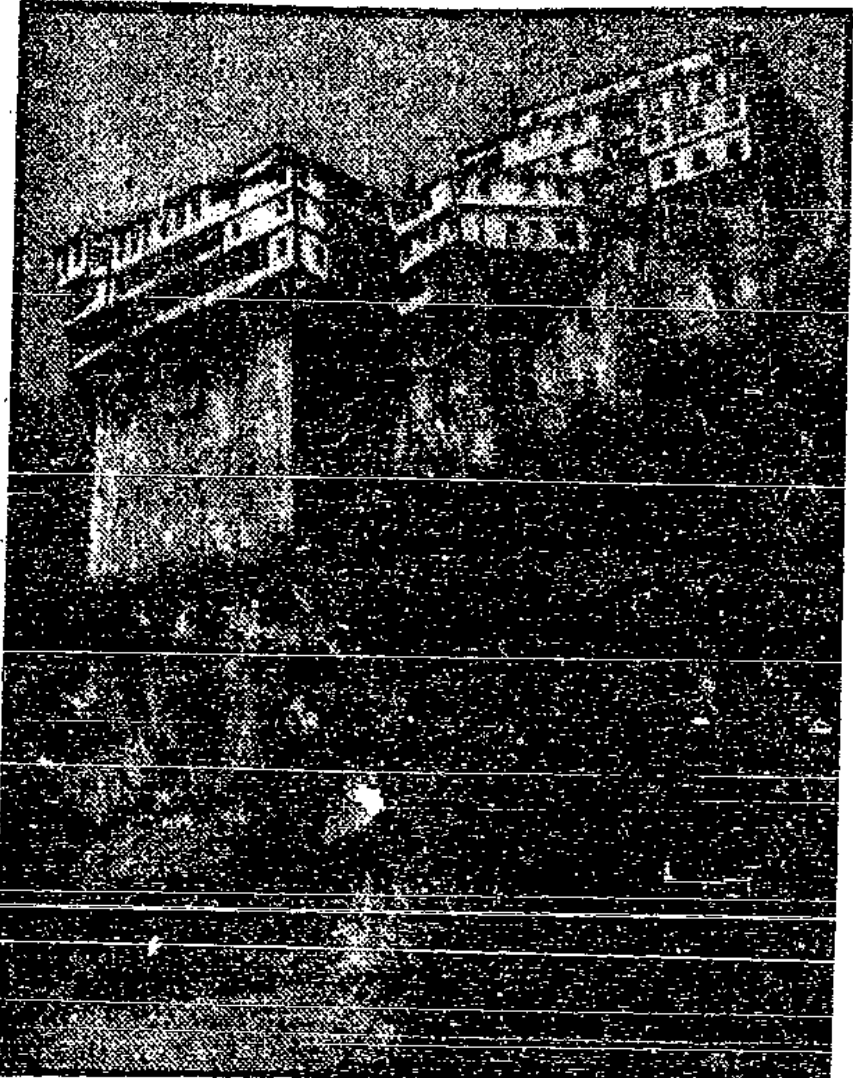
Zum erstenmale seit Kriegsbeginn veranstalteten Montag 15 Karnevalsgesellschaften und Vereine, unterstützt von hundert Rünstlern, einen Rosenmontagszug. Original ausgestattete Wagen, die die Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft Düsseldorfs darstellten, durchzogen bei prächtigem Wetter die Straßen der Stadt. Die großen Schiffe, die die meisten Büros hatten während des mehrtägigen Karnevals, wurden im Umland geschlossen. Eine zahlreiche Menschenmenge war von nah und fern herbeigekommen, um den Rosenmontagszug zu sehen.

## Große Ovationen für Kranz und Frey.

Im Anschluß an die Urteilsverhandlung in dem Borsier-Mordprozess wurde der freigesprochene Angeklagte Kranz von allen Seiten mit Handklopfeln gewürdigt. Die Masse, die vor der Tür gestanden hatte, stürzte in den Saal und umringte Kranz. Auf der Treppe und

vor dem Gerichtsgebäude, wo Tausende von Menschen auf den Ausgang des Prozesses warteten, wurde der Angeklagte lebhaft begrüßt. Alles drängte auf ihn zu. Schließlich trug man ihn unter fortgesetzten Hochrufen mehrere Meter weit auf den Schultern. Kranz flüchtete dann vor dem Ansturm in einen gegenüberliegenden Freizeitanlagen, der ebenfalls sofort von Hunderten von Menschen umlagert war. Schließlich gelang es ihm aber ungeschützt, durch einen Nebenausgang des Hauses zu verschwinden. Technisch Kranz erging es seinem Verteidiger Dr. Frey, der unter Hochrufen von der Menge befreit wurde. Nur mit größter Anstrengung gelang es seinem Chauffeur, seinen Wagen aus der Menschenmenge zu bringen. Der aufgeregten Polizei war es unmöglich, die rasende Menge zurückzuhalten.

## Die Mönchsklöster im Mosgebirge.



die seit Jahrhunderten russische Mönche beherbergen, wurden von der griechischen Regierung enteignet. Die Mönchsgemeinschaften haben sich deshalb an den Völkerbund gewandt.

## Meuterei in einem Berliner Gefängnis.

In dem Berlin-Regeler Gefängnis brach am Montagabend eine schwere Meuterei aus. Aufstehend auf Verabredung brachen plötzlich die Inhaftierten der Gemeinschaftszellen des Hauses 3, in dem schwere Verbrecher untergebracht sind, gemeinsam aus den Zellen aus und fielen über die Wächter her. Es gelang den Beamten jedoch, die Gefangenen aufzuhalten und in ihre Zellen zurückzuweisen. Mehrere Beamte wurden dabei erheblich verletzt. Erst spät in der Nacht war es möglich, die Ruhe wieder herzustellen.

## Eiserjudismord in Berlin.

Eine blutige Szene spielte sich Dienstagabend vor dem Hause Düsseldorf Straße 43 in Berlin-Wilmersdorf ab. Das dort beschäftigte Hausmädchen Elli Stolberg hatte mit dem Buchhalter Rudolf Kirchner aus der Frankfurterstraße seit längerer Zeit ein Verhältnis, das aber von dem Mädchen in den letzten Tagen gelöst wurde. Gestern lauerete der verheiratete Diebhaber dem Mädchen, als es nach Einkäufen nach dem Hause ihrer Herrschaft zurückkehrte, auf und gab mehrere Schüsse auf es ab. Durch die es schwer verletzt wurde. Passanten eilten hinzu und brachten die Verwundete nach dem Achenbach-Krankenhaus, wo sie kurze Zeit nach der Einlieferung starb. Der Täter ist flüchtig.

## Fahrlässigkeit.

Zwei Schüler der Kolonialschule Nixenhafen, die am Sonnabend mit einem Paddelboot die Werra aufwärts fuhren, kenterten beim Wenden infolge des heftigen Stromes und stürzten ins Wasser. Der eine konnte sich an Land retten, während der zweite ertrank. Seine Leiche konnte bis jetzt noch nicht geborgen werden.

## Zwei Kinder tödlich verunglückt.

Montag nachmittag wurden in Verden a. d. Aller beim Spielen an einem Sandberg durch plötzlich einströmende Sandmassen zwei Kinder im Alter von zwei und vier Jahren verschüttet. Während das eine nur noch als Leiche geborgen werden konnte, starb das andere bald nach seiner Befreiung aus den Sandmassen.

## Eisenbahnunglück.

Montag ist ein von Heiligenstadt in der Richtung nach Hattendorf ausfahrender Güterzug um 18 Uhr 51 Min. infolge unrichtiger Weichenstellung auf ein Sturzgleis gefahren. Die Lokomotive des Zuges stürzte nach Durchbrechung des Pressbods über die Böschung ab, wobei sieben Personen des Zugpersonals leicht verletzt wurden.

## Ein fürchtbares Schiffsunglück

ereignete sich in der Nacht vom Montag zum Dienstag bei Bergen in der Nähe des Küstenhafens Hangelund. Der norwegische Passagier- und Frachtdampfer „Morg“ war auf eine Schäre gestoßen und sofort gesunken, wobei 10 Menschen den Tod in den Wellen fanden. Das Unglück ereignete sich, kurz nachdem die „Morg“ den Hafen verlassen hatte. Das Schiff fuhr so schnell, daß der ganze Schiffsboden herausgerissen wurde. An Bord entstand eine wilde Panik. Die Passagiere, die fast sämtlich in den Betten lagen, rannten atemlos an Deck und stürzten sich fast unbedeckt über Bord. Vergeblich versuchte die Mannschaft die Rettungsboote auszuheben. Man mußte sich darauf beschränken, den Passagieren Rettungsgürtel nachzuwerfen. Glücklicherweise war das fürchtbare Unglück von Land aus bemerkt worden, so daß in verhältnismäßig kurzer Zeit sich Rettungsboote einfanden, denen es auch gelang, einige der Verunglückten aus dem eiskalten Wasser herauszufischen. Mit dem Dampfer ist auch der Kapitän und ein Strafgefangener, den man nicht befreien konnte, untergegangen. Die Geretteten mußten in das Krankenhaus gebracht werden.

## Im Streit erschossen.

In dem Haveldorfer Neue Schleuse hat der Schiffer Piza den 28 Jahre alten Mechaniker Kumrey im Anschluß an einen Wirtshausstreit erschossen.

## Betrügereien einer Wohnendhaus-Firma.

Gegen die „Haberland“ G. m. b. H. in Stettin werden schwere Vorwürfe erhoben. Auf der großen Wochen- und -Ausstellung in Berlin zeigte die Gesellschaft ein Holzhauschen, für dessen Erwerb erleichterte Zahlungsbedingungen gewährt wurden. Die Käufer mußten Katenwechsel ausstellen und als Sicherheit Hypotheken an erster Stelle auf die Grundstücke eintragen lassen bzw. Deckungswechsel geben. Die Hypotheken und Wechsel gab die Gesellschaft sofort an dritte Gutgläubige weiter, die auf prompte Einlösung bestanden. Durch das Gebaren der Firma, die fast ohne Mittel arbeitete, sind viele Personen völlig ruiniert worden. Etwa 30 bis 40 Gläubiger haben gegen die Firma Klage angestrengt.

## Ueberschwemmung.

Das Mecklenburg und der Umgebung von Lübeck werden neue große Ueberschwemmungsfluten gemeldet. So ist der Müritzer See über die Ufer getreten. Beim Seebad Müritzer wurden drei Brüden weggerissen. An der Hamburg-Lübecker Chaussee ist das Hochwasser der Trave und ihrer Nebenflüsse in mehrere Häuser eingedrungen.

## Das Urteil gegen den falschen Arzt.

Dienstag wurde in Marburg das Urteil in dem vor dem erweiterten Schöffengericht schwebenden Prozeß gegen den Elektrikmonteur gefällt, der längere Zeit in der Nähe von Kassel eine ärztliche Praxis ausübte und sonstige Schwindelereien als „Diplomingenieur“, „Gutsbesitzer“ usw. verübt hat. Der Angeklagte wurde zu einer Gesamtstrafe von 10 Monaten Gefängnis verurteilt. 270 Tage wurden als durch die Untersuchungshaft verbüßt angerechnet.

## Urteil im Nürnberger Erpresserprozeß.

Am 14. Verhandlungstag in dem Prozeß gegen die Standaalblättchen „Sherlock Holmes“ und „Kanonone“, deren Verleger, Schriftleiter und Mitarbeiter sich zahlreiche Erpressungen bzw. Verleumdungen zuschulden kommen ließen, fällt das erweiterte Schöffengericht Nürnberg folgendes Urteil: Freigesprochen wurden die Angeklagten Reil, Kirchner, Schuler und Anna Goppel. Die übrigen Angeklagten werden zu folgenden Strafen verurteilt: Bösel drei Jahre Gefängnis, Bürger zwei Jahre vier Monate, Stros zwei Jahre, Müller ein Jahr acht Monate, Kohnert ein Jahr vier Monate, Krauß sieben Monate vierzehn Tage und Hermannsdorfer sechs Monate Gefängnis.

## Flieger Hinder auf dem Luftwege nach Batavia.

Der englische Flieger Hinder, der ohne Begleitung von England nach Australien unterwegs ist, ist zum Flug nach Batavia gestartet.

## Große Wetterhäden in Australien.

Im Graaton-Bezirk in Australien haben die durch erhebliche Regenfälle verursachten Ueberschwemmungen einen Schaden von 500 000 Pfund Sterling angerichtet.

## Unglück bei einer Flugveranstaltung in Amerika.

Bei einer Flugveranstaltung in Macon (Georgia) stürzte ein Flugzeug, in dem sich zwei Flieger befanden, infolge vorzeitiger Explosion einer aus einer Höhe von 7000 Fuß abgeworfenen Luftbombe ab. Die Bombe traf eine Tragfläche und riß dem Flugzeugführer den Kopf ab. Das Flugzeug verlor das Gleichgewicht, stürzte ab und schlug in einer Hauptgeschäftsstraße auf. Ein Passant wurde getötet, 20 Personen leicht verletzt.

## Kältewelle in Nordamerika.

Nach mehreren Wochen unruhigen Wetters trat Sonntag in New York binnen weniger Stunden ein erheblicher Temperatursturz von 26 bis 14 Grad ein. Der nördliche Teil der Vereinigten Staaten wurde von Schneestürmen heimgesucht, aber auch die berühmten Winterkurorte in Florida wurden von der Kältewelle betroffen. Das kalte Wetter ging aber mit der gleichen Möglichkeit, mit der es gekommen war, vorüber, es ist mäßige Temperatur mit Regen eingetreten.

## Hochwasser im Vogtland.

Noch sind die Bewältigungen des vorigen Jahres in den Bergtälern des Vogtlandes nicht völlig beendigt und schon hat die plötzliche Schneeschmelze neue Gefahren gebracht. Bei Plauen durchbrach die Weisse Elster die für Regulierungsarbeiten errichteten Dämme des neuen Flußbetts und richtete riesigen Schaden an. Das Bild zeigt das Hochwasser an der Grieschwitzer Elsterbrücke.





Arthur Schopenhauer.

Von Richard Cohn-Hoogstraet.

Ein Privatmann, der als Sohn eines reichen Danziger Kaufmannes nur eine materielle Sorge kannte: sein ererbtes Vermögen bis zu seinem Lebensende zu wahren, um nie gezwungen zu sein, seinen Lebensunterhalt durch Arbeit zu verdienen.

Was Schopenhauer also vielleicht weltfremd? Keineswegs! Er war eben dermaßen von seiner Bestimmung erfüllt, sich und der Menschheit eine geschlossene Weltanschauung zu erarbeiten, daß er alles von sich abstreifen mußte, was ihn hätte ablenken können: Politik, wirtschaftliche Interessen und vor allem materielle Unterhaltungsorgen.

War Schopenhauer also vielleicht weltfremd? Keineswegs! Er war eben dermaßen von seiner Bestimmung erfüllt, sich und der Menschheit eine geschlossene Weltanschauung zu erarbeiten, daß er alles von sich abstreifen mußte, was ihn hätte ablenken können: Politik, wirtschaftliche Interessen und vor allem materielle Unterhaltungsorgen.

Das war Schopenhauer also vielleicht weltfremd? Keineswegs! Er war eben dermaßen von seiner Bestimmung erfüllt, sich und der Menschheit eine geschlossene Weltanschauung zu erarbeiten, daß er alles von sich abstreifen mußte, was ihn hätte ablenken können: Politik, wirtschaftliche Interessen und vor allem materielle Unterhaltungsorgen.

Schopenhauers Philosophie knüpft unmittelbar an Kant an. Die nachkantianen Denker seiner Zeit verarbeitete er, besonders Fichte, Schelling und Hegel, die Kants klares System durch phantastische Luftgebilde umnebelt hatten.

Die Werkzeuge unseres Verstandes sind die Begriffe, in erster Linie die von Ursache und Wirkung. Diese Begriffe sind nicht etwa Ergebnisse unserer Erfahrung, sondern deren Voraussetzung. Es sind Werkzeuge, ermöglichen sie allererst eine Erfahrung überhaupt und liegen somit vor aller Erfahrung im menschlichen Gemüt bereit.

Das sind natürlich Gedankengänge, die den philosophisch nicht geschulten Leser zunächst verblüffen. Da jedoch hier nicht der Ort ist, ausführlicher auf diese philosophischen Grundgedanken einzugehen, mag als Resultat folgende Feststellung genügen: Die Welt als Ganzes und ihre Teile sind nur unsere Vorstellung. Wir wissen nicht, ob die Dinge außerhalb unseres Geistes, „an sich“ existieren, ja selbst das Gehirn ist uns ebenfalls nur durch sinnliche Wahrnehmung bekannt, es gehört wie auch unser Körper nur zur Vorstellung. Fast unterläuft demnach die Welt nichts von einem Traume.

Während nun Kant hier die Grenze für die Erkenntnis zieht und auf dem Wege der Ethik neue Aufschlüsse sucht, führt Schopenhauer dieses zunächst negative Ergebnis in grandioser Spekulation weiter.

Gewiß legt er, ob es „Dinge an sich“ gibt, d. h. Gegenstände, wie sie der normale Mensch eben als schlechthin vorhanden annimmt, da er sie ja „sieht“, „hört“ usw., wissen wir nicht. Wir kennen sie nur durch unsere Sinne. Es ist auch unlogisch von „Dingen“ in der Mehrzahl zu reden. Denn eine Vielheit ist doch erst möglich durch Raum und Zeit. Da aber Raum und Zeit nur rein-menschliche Vorstellungen sind, die doch mit der Welt „an sich“ nichts zu tun haben, so hat es gar keinen Sinn, von „Dingen an sich“ (in der Mehrzahl) zu reden. Wollen wir also nicht annehmen, daß das ganze Leben ein (zusammenhängender) Traum ist, so müssen wir als letzte Grundlage unserer Empfindungen ein einziges „Ding an sich“ annehmen. Dieses ist für Schopenhauer der Wille.

„Wille“ ist hier in seiner allgemeinsten Bedeutung verstanden, etwa Naturwille oder un bewußtes, blindes Wirken. Dieser eine Wille ist Urwesen und Urwissen. Jeder Gegenstand ist jedes Bewußtsein ist nur eine Spiegelung dieses einen Willens. Und da jeder Mensch demnach nur Abbild, Ausdruck eines und desselben Willens ist, so gilt für ihn gegenüber jedem Mitmenschen, jedem Tiere, jeder Pflanze und jedem Stein die alte indische Weisheit: „Atman asmi“, d. h. Das bist du selbst!

Kann erklärt sich auch die ethische Grundstimmung des Menschen, das Mitleid. Unbewußt, durch das Wirken des Willens, der jedes seiner Abbilder mit seiner Urkraft durchdringt, empfindet der Mensch das Leid, das einem anderen Menschen oder Tier geschieht, als ihm selbst zugefügt. Die blinde Durchdringung des einen (jenseits alles Denkens) Willens

erklärt auch die Lebenstriebe: Die hirnlöse Pflanze, die sich zum Lichte wendet, Mensch und Tier, die dem unwiderstehlichen Fortpflanzungstrieb unterliegen, sie folgen dem Zwange des einen Willens, dessen Ausdruck sie sind.

Die Frage nach der „Freiheit“ des menschlichen Willens wird also gegenstandslos. Die menschliche Intelligenz aber ist gewissermaßen ein Schmarozkergehwächs. Aus dem geschlossenen Naturgebäude, das der Wille ohne Denken triebhaft hat emporgewachsen lassen (oder das er als Traum vorgaukelt), ist das menschliche Denken hervorgewachsen und vermischt sich, auf das zwangsläufige Naturgeschehen Einfluß zu gewinnen. Aber alles Wirken der menschlichen Intelligenz ist nichts als Zwang des Urwillens; die lebenswichtigen Funktionen unseres Körpers (Atmung und Blutkreislauf, Verdauung) erfolgen sogar ohne menschliches Bewußtsein.

Das Bewußtsein, der Intellekt, ist Sklave des Willens. Und wenn er sich müht, die Forderungen des Willens, die dem Menschen als seine eigenen Wünsche und Triebe erscheinen, zu befriedigen. — — — kaum ist ein Wunsch befriedigt, so taucht ein anderer auf, und wo kein Wunsch demüht übrig bleibt, da entsteht unbewußtes Verlangen an sich, ein lähmendes Gefühl, daß alle Lebensantriebe gehemmt sind, Langeweile. Wo unerfüllte Begierden schmerzen, herrscht Not, wo alle erfüllt scheinen, Langeweile. Der unbewußte Wille, dessen Wesen wir kennen, läßt den Menschen, seinen Ausdruck, nicht zur Ruhe kommen.

So ist denn Schopenhauers Grundstimmung der Pessimismus. Aber er ist so stolz, um als Ausweg einen Gottesglauben aufzurichten. Er bleibt unbestechlicher Atheist. In beschaulicher reiner Sinnentfremdung, in wünschlosem intellektuellem Anschauen erblickt er die einzig würdige Daseinsform des Menschen. Der Philosoph, der die Nichtigkeit des Seins durchschaut, lebt gelassen der Auflösung entgegen und schafft sich ein eigenwilliges Leben der zwangsgebundenen Triebwelt aus eigenen Gezeiten die Welt der Kunst.

Als Ganzes eine Weltanschauung, die in ihrer Konsequenz dem Sozialisten wenig erstrebenswert erscheint. Trotzdem bietet sie auch dem, der nicht bis ans letzte Ende mitgeht, eine unsumme fruchtbarer Anregungen. Unstreitbar hat Schopenhauer der modernen naturwissenschaftlichen Einstellung trefflich vorgearbeitet, indem er als erster Philosoph vor einer übertriebenen Einseitigkeit des menschlichen Bewußtseins warnte. Seine Ansicht von dem zwangsläufig-gehemmten Ablauf alles Geschehens ist in gewisser Beziehung mit den Lehren der materialistischen Geschichtsauffassung verwandt.

Seine Überzeugung von der Gefährlichkeit aller Willenshandlungen findet in der modernen Psychoanalyse eine überraschende Bestätigung und Fortsetzung.

So hat uns also Schopenhauer noch viel zu sagen! Jeder, der ihn liest, wird es selbst erfahren. Und was seinen Pessimismus betrifft — ist nicht ein gesunder Pessimismus die solideste Grundlage für alles optimistische Streben?

„Deutschland und Oesterreich.“

Soziale Bildstille

in der Ausstellungshalle des Künstlerbundes Schlesien, am Christophoriplatz,

täglich geöffnet von 11 bis 22 Uhr.

Wegen Führungen erbiten wir rechtzeitig Anmeldungen an die Redaktion der „Volksmacht“. Die Anmeldungen werden mindestens vier Tage vorher erbeten, damit für Führung sorgfältig werden kann. Wegen der Beschränktheit der Räume wird gebeten, bei einer Teilnehmerzahl von mehr als fünfzig mehrere Führungen zu bestellen.

Arbeiter-Bildungsauswahl Breslau.

Jim.

Von Jack London.

Das waren drei Kerle: Jim, Joe und Jack. Sie konnten lügen, daß sich die Baffen bogten. Einer lag den andern insauert. Joe und Jack erzählten einander immer wieder das Nichtigste von der Gründung San Franziscos, des kalifornischen Newsports. Als sie eines Tages frühmorgens im nassen Präriegras lagen, fragte Joe:

„Was machen wir heute vormittags?“ Jack sann daraufhin eine Weile nach und gab dann zur Antwort:

„Weißt du was, gründen wir San Franzisko...“ „Dann ist was nämlich dort, wo heute die impotente Wolfenfräule liegt, nichts anderes als unwirtliches, hügeliges Gelände.“

Jack beschaffte sich eine Weile mit dem Vorschlag Joes und sagte dann abschließend:

„Schön! Aber was machen wir nachmittags?“

Diesem Dialog dankt San Franzisko seine Gründung.

Das ist doch interessant, nicht wahr?

Jack will übrigens vor Jahren einmal Schauspieler gewesen sein. Er wandte an Indischen Ocean. Ja, richtig, er nannte sogar den Namen des Theaters, an dem er engagiert war. Wenn ich nicht irre, hieß der Musiktempel schließlich und einfach „Bambus-theater“ und lag hinter Alahabad oder Jempore. Das interessante an diesem Theater aber war, daß der Souffleur des Ensembles, das sich eines Tages auf einer Gastspielreise durch das Innere Birmas befand, von einer Pantherfalle angefaßt und mit Haut und Haar vertilgt wurde. Traurig, aber wahr. Güter Rat war also teuer. Der Kadischah von Birma war geladen. In Erwartung der großen Galavorstellung drängte sich das Volk vor den Türen des Theaters. Und das Ensemble ohne Souffleur! Aus dieser Verlegenheit half Jack, der immer einfallstreiche Jack. Er ließ sich kurzerhand mit Newyork verbinden und die Stichworte telephonisch bringen. Die Vorstellung nahm daraufhin ihren Anfang und der Kadischah von Birma applaudierte, als wäre er Claqueur an der Pariser Oper gewesen.

Aber auch Joe hatte sich einmal die Sporen verdient. Das war so:

Joe hatte einmal, als er als Tromp über Land ging, ein Bankhaus ausgeraubt, irgendwo in Texas oder Arkanfas. Kein Gott, das kommt vor. Er hatte damit bloß einem einfachen Gehei der Nächstenliebe Rechnung getragen. Er wollte einem seiner Kollegen, der gerade den Banktresor aufs Korn genommen hatte, die mühselige Schweigeharbeit ersparen und war ihm aus diesem Grunde zuvorgekommen. Aber der Kollege hatte absolut kein Verstandnis für Joes altruistische Tat, fluchte, anstatt dankbar zu sein und hegte die Polizeigebühren an. So wurde der Bankräuber zum Räuber. Und nach dem gefinsten Detektiv Amerikas auf der Spur, nämlich Little Jerrytown, der infolge seiner vielfältigen und raffinierten Verkleidungen, unter denen er sich seinen Opfern näherte, der amerikanische Fregol genannt wurde. Little Jerrytown war eine Korymben in seinem Handwerk. Gerade dann, wenn man sich vor ihm fürchten glaubte, tauchte er plötzlich auf, wie aus dem Nichts geboren und nahm den Unbekannten ohne viel Federlesen mit. Auch vor Joe fand er plötzlich, der Meisterdetektiv, in einer Wüste, hinter der kein Mensch Little Jerrytown vermutet hätte. Und sprach den überraschten Dieb an:

„Nieber Freund, ich verhafte dich!“

Aber Joe war diesmal gefinsteter als Little Jerrytown und fragte gelassen:

„Wer sind Sie eigentlich?“

„Little Jerrytown!“ gab daraufhin der Detektiv zur Antwort und glättete seinen straffen Patriarchenbart, der dem Opfer sein wahres Gesicht verbergen sollte.

„Joe brauste auf.“

„Was, Sie haben den Mut, sich als Little Jerrytown auszugeben?“

Little Jerrytown war pass.

„Anerkennst, dieser Schwindel! Hier — nehmen Sie einmal meinen Spiegel und dann sagen Sie mir noch einmal, daß Sie Little Jerrytown sind!“

Jerrytown nahm den Spiegel und sah darin eine Frage mit einem wallenden Patriarchenbart, die ihn aus der Fassung brachte.

„Ha, ich bin wahnsinnig geworden!“ tobte Little Jerrytown, der Meisterdetektiv. „Das sind Zwangsvorstellungen... Entschuldigend Sie niemals, aber ich bin nicht Little Jerrytown, sondern ein anderer. Ich weiß zwar im Augenblick nicht, wer ich bin, aber ich werde schon daraufkommen...“

Und ging seiner Wege.

Als Little Jerrytown wieder zurückkam und darauf losbrüllte: „Du Schwindler, du hast mich zum Besten gehalten! Ich bin Little Jerrytown... Ich habe mich bloß verlannt, weil ich mich verkleidet hatte... Jetzt weiß ich ganz genau, daß ich Little Jerrytown bin...“ war Joe längst über alle Berge.

„Was das glaubt, wird selig...“

Aber den Vogel schoß Jim ab, der Dritte im Bunde.

Hören wir einmal, was Jim erzählte:

Auch Jim hatte eines Tages den Tresor eines Bankhauses ausgeraubt. Das ist nichts Absonderliches, denn Geld ist eine Angelegenheit, die jeder Mensch brauchen kann. Wer die mühselige Arbeit eines Schränters einmal beobachtet hat, wird bestaunen, daß sich ein solcher Mann sein hohes Geld im Schweige seines Angesichts schafft. Jedenfalls ist seine Arbeit gefährlicher und mühseliger, als die eines Bankdirektors, dessen Tätigkeit sich in der einzigen Frage erschöpft: Wie mehr ich mein arbeitsloses Einkommen? Also Jim hatte als ein Mann, der sich mit Bagatellen nicht abgibt, zehntausend Dollar an sich genommen und war damit über Land gegangen... Aber unterwegs plagte ihn das Gewissen und machte ihn, den Raub wieder an seinen Ort zurückzuführen. Jim kämpfte mit seinem Gewissen, kämpfte und unterlag schließlich nach einem heroischen Kampf. Also entschloß sich der reuige Sünder, einen Rechtsbeistand aufzusuchen, der die Angelegenheit in Ordnung bringen sollte.

Thomas Miller, der Rechtsbeistand, war ein jovialer Herr und galt als ein Mann der Tat, der seine Pappenheimer kannte. Dieser Mann fragte unter Jim:

„Sag' einmal, Freundschen, wieviel hast du denn an dich genommen?“

„Zehntausend Dollar...“

„Nicht mehr?“

„Nicht mehr!“

„Und wieviel hast du in der Kasse zurückgelassen?“ fragte jetzt Mr. Miller konjunkt und schaltete eine große Atempause ein. Jim dachte nach.

„Ich glaube, zwanzigtausend Dollar...“ war die sachliche Antwort.

„Jim, Jim!“ sagte der freundliche Herr und kniff die lachenden Augen zusammen. „Ein bißchen viel...“

Jim bestätigte die Feststellung seines Rechtsbeistandes mit einem resignierten Kopfschütteln.

„Weißt du, was deiner harret, wenn du erwünscht wirst?“ fragte der Mann nach einer längeren Pause wieder.

„Ja! Ich wandere in den Arrest!“

„Ja, du wanderst in den Arrest!“ wiederholte Mr. Miller.

„Vielleicht auf Monate, vielleicht auf Jahre. Das kommt ganz auf dein Geständnis an... Willst du überhaupt in den Arrest wandern?“

Jim verneinte energisch.

„Ich will das Geld zurücktragen und Ruhe haben...“

„Gemach, mein lieber Junge! Wenn du auch das Geld zurückträgst, du wanderst dennoch in den Arrest, denn Diebstahl ist Diebstahl. Wir müssen einen andern Weg finden, einen bessern...“

Der Rechtsbeistand sann eine Weile nach. Dann hub er wieder an:

„Du sagtest vorhin, daß noch zwanzigtausend Dollar in der Kasse lägen...“

„Ja, das sagte ich...“

„Also bring' einmal den Rest des Geldes, dann wollen wir uns weiter über deine Angelegenheit unterhalten... Ich habe den Weg gefunden...“

Jim war froh, daß es einen Weg gab, der ihn vor dem Arrest bewahren konnte und war verwegen genug, den Rest des Geldes aus dem Tresor zu holen. Der Coup gelang, denn der Raub war noch nicht entdeckt worden.

Und Jim stand am nächsten Tag wieder vor seinem Rechtsbeistand und zählte die blanken Dollarsteine auf den Tisch. Der Rechtsbeistand schmunzelte, sagte nichts als „Brav, mein Junge!“, rückte den Stuhl an seinen Schreibtisch und konzipierte folgenden Brief:

An das Bankhaus Hall & Son in Little Rock, Arkanfas, U.S.A.

Mein Klient, Herr Jim Worthington, hat Ihre Kasse ausgeraubt. Seine Familie hat sich zur Schadensgutmachung bereit erklärt, allerdings unter der Bedingung, daß von einer Anzeige Abstand genommen wird. Die Familie meines Klienten Jim Worthington würde einen dreißigprozentigen Ausgleich akzeptieren, um einem Skandal aus dem Wege zu gehen. Ohne Ihrer allfälligen Entscheidung vorzugreifen, möchte ich Ihnen als der Anwalt der Familie Worthington nahelegen, diesen Vorschlag in Erwägung zu ziehen und einen Ausgleich auf dieser Basis zu ermöglichen, denn eine Klage wäre angesichts der Vermögenslosigkeit meines Klienten, der inzwischen den größten Teil seines Vermögens in der Verfolgung seiner Interessen verloren hat, ein gänzlich aussichtsloses Unterfangen.

Schlichtungsbeamter Thomas Miller.

Noch am selben Abend traf eine Depesche folgenden Inhalts ein:

„Akzeptieren Angebot der Familie Worthington.“

Hall & Son, Bankier.

„Allo, lieber Freund!“ triumphtierte Mr. Thomas Miller, der Rechtsbeistand Joes, an dem die Familie Worthington dreißig Prozent der Beute an Hall & Son zurückverleiht hat, und den Rest teilen wir untereinander auf: die Hälfte gehört mir als Honorar und Schweigegeld, die andere dir, als Lohn deiner bravouren Tat.“

„Sprachs und händigte Jim einen Hund Dollarsteine ein.“

„Ja, das waren drei Kerle: Jim, Joe und Jack. Aber der größte war Jim, der Bankräuber, nicht wahr?“

(Autorisierte Uebersetzung von Siegfried Bernfeld-Mann.)

(Im März wird der Arbeiterbildungsauswahl Breslau einen Vortragsabend über Jack London abhalten.)

